

# NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE  
WELTPOLITIK

45

NOVEMBER 1977

Universitätsbibliothek Greifswald  
Zweigstelle  
Sektion Marxismus-Leninismus



60 Jahre  
Große Sozialistische  
Oktoberrevolution



Als unser Sowjetland noch am Anfang seines Weges stand, hatte Wladimir Iljitsch Lenin geschrieben, der Sozialismus werde unbesiegt sein,

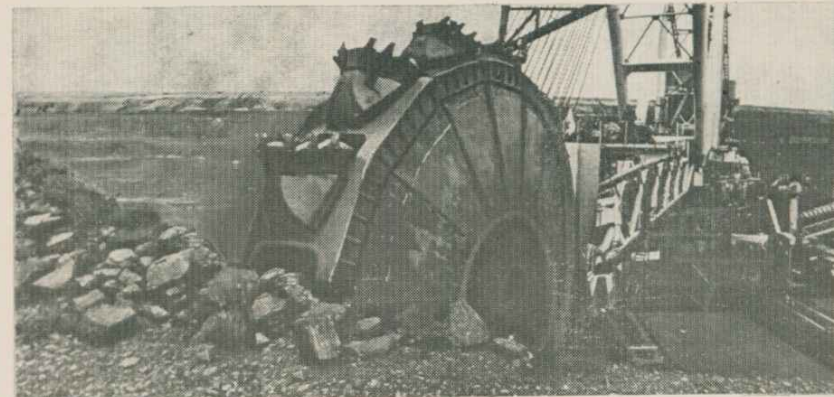
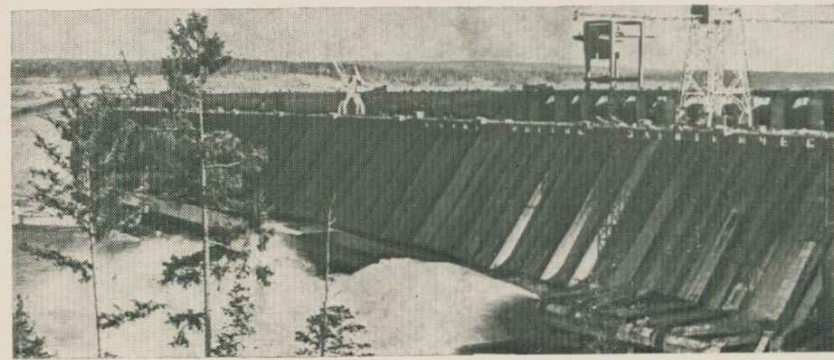
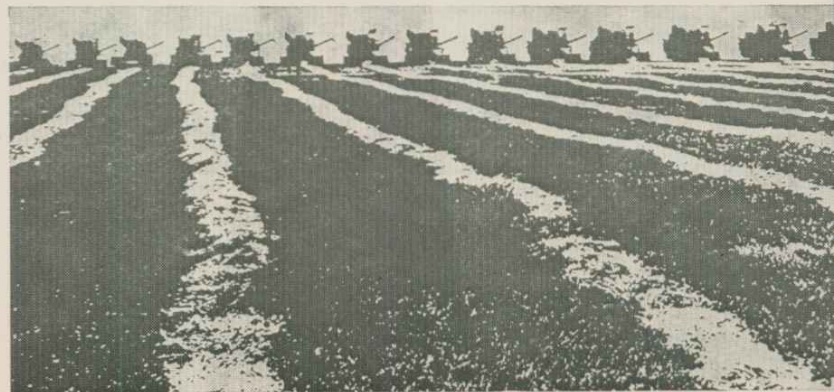
wenn die Bauern mindestens 100 000 Traktoren erhielten (heute besitzen sie 2,5 Mio Traktoren),

wenn Rußland von einem dichten Kraftwerknetz überzogen sei (unser Land erzeugt heute jährlich etwa 1200 Md. kWh),

wenn die ruinierte Wirtschaft von einer maschinellen Großindustrie abgelöst werde (die Herstellung von Produktionsmitteln erhöhte sich in

der UdSSR in den 60 Jahren auf das 497fache),

wenn die Errungenschaften der Werkstätten von einer Armee geschützt würden, die die Interessen des gesamten internationalen Sozialismus vertritt und verteidigt... (Wir haben eine solche Armee.)





## WORT DES REDAKTEURS

# DAS LICHT DES SOZIALISMUS

Im Jahre 1917 verloren die herrschenden Kreise der kapitalistischen Welt ihre Ruhe. Die Große Oktoberrevolution kündigte an, daß diese Welt ihre führende Rolle, ihre Monopolstellung eingebüßt hatte. Mehr noch, wenn vor der Oktoberrevolution in der Geschichte der Menschheit eine Ausbeuterordnung die andere abgelöst hatte, so ging es nunmehr darum, daß die Ausbeuterordnung überhaupt vom geschichtlichen Schauplatz verschwinden sollte.

Im Westen beliebte man, das eine kommunistische Herausforderung zu nennen. Nun wohl! Aber das erste Land, in dem der Sozialismus gesiegt hatte, gab sofort sein Credo bekannt: Rivalität und Wettstreit nicht auf dem Schlachtfeld, sondern in der friedlichen Arena. Es ist nicht unsere Schuld, wenn die Machthaber der alten Welt diese friedliche „Herausforderung“ mit der bewaffneten Intervention, mit einem Krieg, einem „Sanitätskordon“, einer Blockade, mit Nichtanerkennung und einer Propagandahetze beantworteten.

Es half ihnen aber alles nichts. Der Sozialismus blieb bestehen und faßte immer festeren Fuß. Und er machte in all den Jahren seinen Gegnern viel zu schaffen. Sie mußten ständig den internationalen Sozialismus im Auge behalten und — gewollt oder ungewollt — in ihrer Außen- und Innenpolitik die neue Welt in Betracht ziehen.

Aggressiv ist der Imperialismus geblieben, aber seine Führer können sich nicht mehr leisten, was sie sich damals leisteten, als sie eine unumschränkte Weltherrschaft ausübten.

Der Kapitalismus ist eine Ausbeuterordnung geblieben, seine Führer können aber die Dammenschrauben der Zwangsarbeit nicht mehr so fest anziehen wie früher.

In Widersprüche verstrickt und in der Wirtschaftskrise festgefahren, negiert der Kapitalismus sich selbst. Was für Aussichten kann den Menschen eine Gesellschaft bieten, die unfähig ist, ihre erschreckenden sozialen Gebrechen zu heilen, die fortfährt, eine faschistische und rassistische Ideologie hervorzubringen? Am sinnfälligsten wird der Kapitalismus aber durch den real bestehenden Sozialismus negiert, und es wird nicht gelingen, dem leuchtenden Vorbild des Sozialismus seine Anziehungskraft zu nehmen.

Lenin sagte, der Sozialismus schaue jetzt bereits durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns, und nicht nur, weil im Schoße

der alten Gesellschaft die Voraussetzungen für die neue Ordnung heranreifen, sondern auch, weil durch die Fenster des Kapitalismus das Licht der Oktoberrevolution, das Licht des Sozialismus scheint; deshalb, weil sich immer mehr Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft von seinen Ideen angezogen fühlen.

Seit 60 Jahren suchen die größten Geister der internationalen Bourgeoisie eine Alternative zum Sozialismus. Wenn sie ihn früher glatt leugneten, so sind sie jetzt sogar bei einer Konvergenz (Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus) gelandet. All die Jahre versuchen sie, der Gesellschaft, die sie anfangs ein zweifelhaftes Experiment nannten, etwas nachzumachen und etwas bei ihr zu entlehnen. Die Versuche, den Staat eine „regelnde Rolle“ spielen zu lassen und die Elementargewalt der Privatproduktion mit Hilfe einer Planung und Teilverstaatlichung zu bändigen — sie sind doch unverkennbar keine eigene Erfindung!

Der Westen mag sich noch so sehr anstrengen, Tatsache bleibt doch, daß der Kapitalismus der Gesellschaft keine krisenlose Entwicklung ermöglichen kann. Nicht er liefert die Modelle des gesellschaftlichen Fortschritts, nicht er bahnt den Weg in die Zukunft, nicht er gebietet über das Denken der jetzigen Generation.

„Wenn wir uns heute in der Welt umsehen, dann erkennen wir, daß die Positionen der marxistischen Ideologie und Weltanschauung in vielen Ländern erstarken... Die Geschichte berichtet von gescheiterten Bemühungen, von unerfülltem ehrgeizigem Sinnen und Trachten oder von Wünschen, die in Erfüllung gegangen, aber etwas ganz anderes ergeben haben, als man sich davon versprochen hatte.“ Das schrieb Henry Kissinger, ein Historiker und früherer Staatssekretär der USA. Das ist eine Stimme aus jener Welt, die unfähig ist, ihren Verfall aufzuhalten, die über ihren geschichtlichen Zenit hinaus ist und ihrem Untergang entgegengeht.

Die sozialistische Welt, diese aufgehende Welt, die das Erbe der Großen Oktoberrevolution angetreten hat, faßt die Geschichte anders auf, nicht als eine Folge gescheiterter Bemühungen, Hoffnungen und Bestrebungen, sondern als eine lebendige Chronik dessen, was in den 60 Jahren geleistet worden ist und was nicht nur dem Sowjetstaat, sondern faktisch der ganzen Menschheit zugute kommt.

Leonid Breshnew sagte: „Wir schreiten der Epoche entgegen, da der Sozialismus in seiner jeweiligen konkreten, historisch bedingten Form zum dominierenden Gesellschaftssystem der Welt werden und der ganzen arbeitenden Menschheit Frieden, Freiheit, Gleichheit und Wohlstand bringen wird.“



Im Moskauer Kremispalast wurde die gemeinsame Festsitzung des Zentralkomitees der KPdSU, der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR anlässlich des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution abgehalten. Die Rede hielt der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Leonid Breschnew.

Am 26. Oktober endete der am 21. Oktober begonnene offizielle Freundschaftsbesuch des indischen Ministerpräsidenten Morarji Desai in der Sowjetunion. Die Verhandlungen zwischen Leonid Breschnew, Alexej Kossygin, Andrej Gromyko und Morarji Desai verliefen in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre. Breschnew und Desai unterzeichneten eine Sowjetisch-Indische Erklärung. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin wurden von Desai zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch nach Indien eingeladen. Die Einladung wurde dankend angenommen. (Siehe S. 16.)

Leonid Breschnew übersandte dem Kollektiv des Hütten- und Maschinenbaukombinats Csepel (Ungarn) eine Botschaft, in der er im Namen der KPdSU, des sowjetischen Volkes und in seinem eigenen Namen den Werktätigen des „Roten Csepel“ herzlich zur erfolgreichen Erfüllung der von ihnen zu Ehren des 60. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingegangenen Verpflichtungen gratulierte und ihnen weitere große Erfolge in ihrer Arbeit zum Aufbau des neuen Lebens, für den Triumph des Sozialismus und Kommunismus wünschte.

Am 29. Oktober wurde in Pointe-à-Pitre (französisches Überseedepartement Guadeloupe) der 9. Kongreß des Weltbundes der Partnerstädte eröffnet, an dem sich etwa 2000 Delegierte beteiligten. Leonid Breschnew übersandte den Kongreßteilnehmern eine Grußbotschaft, in der er dem Weltbund und allen Teilnehmern des Kongresses neue Erfolge in ihrem hochsinnigen Wirken für die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Städten und Völkern aller Länder, für einen dauerhaften und gerechten Weltfrieden wünscht.

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin beglückwünschten im Namen des

ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der Sowjetregierung, des sowjetischen Volkes und in ihrem eigenen Namen herzlich Houari Boumédiène, den Revolutionsrat Algeriens, die Nationale Befreiungsfront, die Regierung und das ganze algerische Volk zum 23. Jahrestag der algerischen Revolution.

Ende Oktober tagte in Rom die 10. Sitzung der Gemischten Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Italien. Alexej Kossygin richtete ein Grußschreiben an die Teilnehmer, in dem er äußerte, die sowjetisch-italienischen Wirtschaftskontakte entwickelten sich rasch und erfaßten immer neue Bereiche. In den letzten 10 Jahren hat sich der Warenaustausch zwischen unseren Ländern vervielfacht.

Am 27. Oktober schloß die in Tbilissi abgehaltene erste zwischenstaatliche Konferenz für Bildung im Bereich der Umwelt.

Der Vorsitzende des Bundesexekutivrats Jugoslawiens V. Djuranović stattete der Volksrepublik Polen einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Er wurde vom Ersten Sekretär des ZK der PVAP Giersek empfangen und verhandelte mit dem Vorsitzenden des Ministerrats Jaroszewicz über Fragen der Wirtschaftszusammenarbeit zwischen den beiden Ländern sowie über aktuelle internationale Probleme. Weiter besuchte Djuranović die CSSR und wurde in Prag vom Generalsekretär des ZK der KPTsch, Präsident der CSSR Husák empfangen. Ferner hatte er ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der CSSR-Regierung Strougal.

Die UNO-Vollversammlung faßte eine Resolution, in der die gesetzwidrigen Maßnahmen Israels zur Veränderung des Rechtsstatus, des geographischen Charakters und der demographischen Zusammensetzung der okkupierten arabischen Territorien verurteilt werden. Die Maßnahmen werden als grobe Verletzung der Normen und Prinzipien des Völkerrechts bezeichnet. Die Resolution erhielt die Rekordzahl von 131 Ja-Stimmen.

Der Sicherheitsrat setzt die Debatte über die Lage im Süden Afrikas fort. Der ständige UdSSR-Vertreter bei der

UNO erklärte, die Sowjetunion sei über die Verbrechen des Rassistenregimes der RSA an der afrikanischen Bevölkerung zutiefst empört.

Der äthiopische Außenminister Gedie Giorgis stattete Kuba einen offiziellen Besuch ab. In einem Kommuniké heißt es, die Seiten hätten sich mit Genugtuung über die erfolgreiche Entwicklung brüderlicher Beziehungen zwischen Kuba und Äthiopien geäußert.

In Brüssel wurde eine internationale Solidaritätskonferenz für das kämpfende Volk Zyperns abgehalten. An ihr nahmen Vertreter von 35 Staaten sowie 18 internationalen und nationalen Organisationen teil. Die Konferenz verurteilt die Handlungsweise der imperialistischen Kräfte, die darauf gerichtet sei, die Insel in einen NATO-Stützpunkt zu verwandeln, und sprach sich für den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen von Zypern und die dringliche Einberufung einer internationalen Zypernkonferenz unter UNO-Schirmherrschaft aus.

Der Führer der „Wilmington 10“ — Opfer der Justizwillkür gegen die Bürgerrechtskämpfer in den USA — Benjamin Chavis appellierte an die Teilnehmer des Belgrader Folgetreffens, sie sollten für die garantierte Ausübung der Menschenrechte in den USA Sorge tragen.

In der Hauptstadt der Republik Togo wurde die Aufdeckung einer staatsfeindlichen Verschwörung bekanntgegeben. Im Ausland angeworbene Söldner wollten die Regierung stürzen und den Präsidenten der Republik Gnassingbe Eyadema ermorden.

Vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Oberhauses drückte der japanische Außenminister Hatoyama seine Besorgnis über Pläne Chinas aus, sein Militärpotential aufzustocken. Er erklärte, Japan könne die militärischen Pläne Chinas nicht billigen.

Am 25. Oktober wurde auf dem Flughafen des Scheichtums Abu Dhabi der Staatssekretär im Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate El-Ghubash ermordet. Das Attentat galt dem syrischen Außenminister Khaddam, der jedoch unversehrt blieb.





Moskau, Kreml. Unter den Teilnehmern der Festsitzung des Zentralkomitees der KPdSU, der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR anlässlich des 60. Jahrestags der Oktoberrevolution befand sich auch der Veteran der Revolution und des Bürgerkrieges, Held der Sowjetunion Konstantin Nedorubow aus dem Gebiet Wolgograd.

Foto S. Smirnow, A. Steschanow

# NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 45 NOVEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goltjakow (Verantw. Sekretär),  
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chef-  
redakteur), W. Kusnezow, B. Pistschik  
(Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa,  
V. Tschernjajewski (Stellv. Chefredakteur  
für die fremdsprachigen Ausgaben),  
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der  
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“  
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, eng-  
lischer, französischer, spanischer, polni-  
scher, tschechischer und arabischer  
Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,  
103782, GSP, Puschkinskaja Ploščadʹ

Printed in the Union of Soviet  
Socialist Republics

## IN DIESEM HEFT:

Das Licht des Sozialismus . . . . .	1
Der Große Oktober und der Fortschritt der Menschheit, Rede des Genossen Leonid Breschnew auf der gemeinsamen Festsitzung des ZK der KPdSU, der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR am 2. November 1977 . . . . .	4
W. Sagladin — Anbruch einer neuen Epoche . . . . .	14
Bahnbrecher des Fortschritts . . . . .	16
E. Babiuch — Geschichtlich verbunden . . . . .	18
L. Besymenski — Richtschnur der Entspannung . . . . .	20
A. Ignatow — Dienstreise nach Kabul . . . . .	22
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare . . . . .	24
W. Krawzow — Weltweit unverletzliche Grenzen! . . . . .	26
Biographisches: Abdul Cader Sahul Hameed . . . . .	28
S. Nuyoma — Namibia ist entschlossen . . . . .	29
PS . . . . .	30
Diskussion mit dem Leser . . . . .	31

Die erste und vierte Umschlagseite wurden von den Graphikern  
N. Smoljakow und V. Beljakow gestaltet



# DER GROSSE OKTOBER UND DER FORTSCHRITT DER MENSCHHEIT

REDE DES GENOSSEN LEONID BRESHNEW  
AUF DER GEMEINSAMEN FESTSITZUNG DES ZK DER KPdSU,  
DER OBERSTEN SOWJETS DER UdSSR UND DER RSFSR  
am 2. November 1977

Liebe Genossen!

Verehrte Gäste aus dem Ausland!

In diesen Tagen begehen das Sowjetvolk, die Kommunisten aller Länder, die gesamte fortschrittliche Menschheit feierlich ein hochbedeutsames Fest. Vor sechzig Jahren stürzten die Arbeiter und Bauern Rußlands, geführt von der Partei Lenins, die Macht der Kapitalisten und Gutsherren. Damit vollzog sich die erste siegreiche sozialistische Revolution der Weltgeschichte.

Die unvergeßlichen Oktobertage erschütterten die ganze Erde. Eine neue Epoche der Geschichte begann, die Epoche der revolutionären Erneuerung der Welt, die Epoche des Übergangs zum Sozialismus und Kommunismus. Das war der Anfang des Weges, den heute Hunderte Millionen Menschen gehen und den zu beschreiten der ganzen Menschheit beschieden ist.

Wir waren die ersten. Und wir hatten es nicht leicht. Es galt, der feindlichen Umkreisung standzuhalten. Es galt, mit jahrhundertelanger Rückständigkeit zu brechen. Es galt, die ungeheure Macht der geschichtlich verwurzelten Trägheit zu überwinden und nach neuen Gesetzen, den Gesetzen des Kollektivismus, leben zu lernen.

Jetzt aber, da wir die entscheidende Hauptbilanz der von Kampf und Arbeit erfüllten sechs Jahrzehnte ziehen, können wir stolz sagen: Wir haben durchgestanden, wir haben durchgehalten, wir haben gesiegt.

Wir haben in den dräuenden, ruhelosen Jahren des Bürgerkrieges und der bewaffneten Intervention gesiegt, als über Leben und Tod der Sowjetmacht entschieden wurde.

Wir haben in den stürmischen, überschäumenden Jahren der ersten Planjahrhünfte gesiegt, als entschieden wurde, ob die Arbeiter und Bauern unseres Landes in der ihnen von der Geschichte zugemessenen knappen Frist imstande sind, die Grundlagen des So-

zialismus zu schaffen und die Heimat in einen mächtigen Industriestaat zu verwandeln.

Wir haben in den harten, flammenden Jahren des Großen Vaterländischen Krieges gesiegt, als entschieden wurde, ob der Sozialismus imstande ist, den Ansturm der Stoßkräfte des Weltimperialismus aufzufangen, die Menschheit vor faschistischer Sklaverei zu retten.

Wir haben dann auch in den schweren, spannungsgeladenen Nachkriegsjahren gesiegt. Trotz kalten Krieges und atomarer Erpressung gelang es uns, die zerstörte Wirtschaft schnell wiederaufzubauen und in die Spitzenpositionen des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts aufzurücken.

Seit mehr als dreißig Jahren lebt das Sowjetland im Frieden. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft als Ergebnis des historischen Schöpfungstums der Massen ist errichtet, existiert und wird vervollkommen.

Ruhm und Ehre dem sieghaften Sowjetvolk!

Ruhm und Ehre allen Generationen der sowjetischen Menschen, den Männern und Frauen, den Kommunisten und Parteilos, die unter Einsatz all ihrer Kräfte, ihrer Energie und, wenn es darauf ankam, sogar ihres Lebens ihr Heimatland zu den Gipfeln des sozialen Fortschritts führten!

Die innigsten, von Herzen kommenden Worte der Anerkennung und Liebe richten wir an die Veteranen der Revolution. An unserer Seite verbleiben immer weniger von denen, die im Oktober 1917 unter dem Banner der Leninschen Partei zum Sturmangriff auf die alte Welt ansetzten. Doch die Größe ihrer Tat gewinnt immer mehr an Geltung. Ruhm und Ehre den Bahnbrechern des Oktober!

In diesen Festtagen gedenken wir anerkennend der revolutionären Solidarität, die unsere Klassenbrüder im Ausland unablässig gegenüber dem Land der Sowjets an den Tag gelegt haben. Ihre entschlossenen Aktionen halfen wiederholt, die aggressiven Pläne des Imperialismus zu durchkreuzen.



Es lebe der proletarische Internationalismus, die mächtige Waffe der Werktätigen aller Länder!

## I. DIE SOWJETUNION IN DER VORHUT DES SOZIALEN FORTSCHRITTS

Genossen! Jedesmal, wenn wir den Jahrestag der Revolution begehen, werden wir uns der Bedeutung des Oktober, seiner machtvollen Einwirkung auf den Lauf der Geschichte, auf die Geschehnisse der Welt erneut bewußt.

Die Oktoberrevolution löste natürlich vor allem die Probleme unseres Landes, Probleme, die von seiner Geschichte, von seinen konkreten Verhältnissen bestimmt wurden. Ihrem Wesen nach waren das jedoch keine lokalen, sondern allgemein gültige Probleme, vor die sich die gesamte Menschheit durch den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung gestellt sah. Die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution besteht ja gerade darin, daß sie den Weg zur Lösung dieser Probleme und damit zur Schaffung einer neuartigen Zivilisation auf der Erde gebahnt hat.

Der Oktober hat die Möglichkeit bewiesen, die politischen Grundlagen der Gesellschaft einschneidend zu verändern. Das Proletariat Rußlands beantwortete die akuteste, die brennendste politische Frage, ob das Machtmonopol der Ausbeuter ewig währe oder ob es durch die Macht der Werktätigen abgelöst werden könne und müsse.

Die sechs Jahrzehnte sozialistischen Aufbaus veranschaulichen überzeugend, wozu die arbeitenden Menschen fähig sind, die die politische Führung der Gesellschaft und die Verantwortung für die Geschehnisse des Landes übernommen haben. Diese Jahrzehnte haben bewiesen, daß es ohne die Macht der Werktätigen, ohne das sozialistische Staatswesen, daran vorbei einen Weg zum Sozialismus weder gab noch gibt.

Mit dem Sieg des Oktober bot sich für die arbeitenden Menschen zum erstenmal die Möglichkeit, die Ausbeutung zu beseitigen und aus dem Bannkreis einer sich spontan entwickelnden Wirtschaft auszubrechen. Dieses Schlüsselproblem des gesellschaftlichen Fort-

schritts wurde mit der Abschaffung des Privateigentums gelöst, an dessen Stelle das gesellschaftliche Eigentum trat. Anarchie der Produktion wich einer wissenschaftlichen, planmäßigen Leitung der Wirtschaft.

In einer historisch ungemein kurzen Frist verwandelte sich das riesige rückständige Land in ein Land mit hochentwickelter Industrie und kollektivierter Landwirtschaft. Lediglich zweieinhalb Arbeitstage benötigt unsere Industrie, um ebensoviel Erzeugnisse wie im ganzen Jahr 1913 herzustellen. Heute produzieren

wir mehr Industrieerzeugnisse als vor einem Vierteljahrhundert die ganze Welt. Das gewaltige Wirtschaftswachstum des ersten sozialistischen Landes in der Geschichte ist ein Ergebnis der Befreiung der Arbeit, ein Ergebnis des Schaffens von Menschen, die sich bewußt sind, daß sie für sich selbst, für das Gemeinwohl arbeiten.

Der Oktober und der Sozialismus haben die Geschichte der Menschheit auch um die Erfahrungen der geistigen Befreiung der Werktätigen bereichert. Zu den „Geheimnissen“ der Unterdrückerherrschaft gehörte stets, die unmittelbare Anwendung physischer Gewalt gegen die Massen durch geistige Unterdrückung zu ergänzen. Die herrschenden Klassen erschwerten den Werktätigen auf jede erdenkliche Weise den Zugang zur Bildung und zur Kultur und hielten sie im Banne falscher Ideen und Vorstellungen. Gerade deshalb wurde in unserem Lande die Kulturrevolution zu einer gesetzmäßigen Fortsetzung der politischen Revolution.

Innerhalb einer Generation befreite sich das Sowjetland völlig und für immer vom schweren Joch des Analphabetentums. Die Werktätigen wurden zu aktiven Teilnehmern am Kulturgeschehen, zu Schöpfern geistiger Werte. Das Volk brachte eine neue, eine sozialistische Intelligenz hervor, die dem Heimatland mit überragenden Leistungen in Wissenschaft und Technik, in Literatur und Kunst zu neuem Ruhm verholfen hat. So, wie es die besten Geistesgrößen der Menschheit erträumt hatten, kam es zu der historischen Begegnung von Arbeit und Kultur. Dies war in der Geschichte unseres Landes, in der Geschichte der gesamten Weltkultur eine Wende von weittragender Bedeutung.





Ein besonderer Platz unter den Errungenschaften des Oktober gebührt der Lösung der nationalen Frage, einer der schmerzvollsten, der dramatischsten Fragen in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft.

Als die Partei, als Wladimir Iljitsch Lenin auf das Kampfbündnis der Werktätigen aller Nationen und Völkerschaften hinwirkten, traten sie immer für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, für deren völlige und vorbehaltlose Gleichberechtigung ein. Der Sieg des Oktober war zugleich ein Sieg im Kampf um nationale Befreiung. Zum erstenmal erlangten die Völker des einstmaligen zaristischen Rußland die Möglichkeit der historischen Wahl, das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Sie trafen ihre Wahl. Sie vereinigten sich freiwillig zu einem mächtigen Unionsstaat und beschritten, gestützt auf die uneigennützigte Hilfe des russischen Volkes, entschlossen den Weg eines neuen Lebens.

Die Kraft des Zusammenhalts und der gegenseitigen Hilfe der Völker beschleunigte die Entwicklung aller Republiken beispiellos. An die Stelle von Feindseligkeit und Mißtrauen traten in den Beziehungen zwischen den Nationen Freundschaft und gegenseitige Achtung. Dort, wo jahrhundertlang die Mentalität des nationalen Egoismus kultiviert worden war, setzte sich der Internationalismus unwiderruflich durch. In neuen, in leuchtenden Farben erstrahlten die voneinander bereicherten nationalen Kulturen, die die einheitliche sozialistische Sowjetkultur bilden.

Gleichheit, Brüderlichkeit und unzerstörbare Einheit der Völker der Sowjetunion — all das ist Wirklichkeit geworden. Eine neue historische Menschengemeinschaft — das Sowjetvolk — hat sich herausgebildet. Der fortschreitende Prozeß der Annäherung der Nationen durchdringt alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft. Das ist, Genossen, ein großartiges Ergebnis der Leninschen Nationalitätenpolitik, das ist unsere Erfahrung, deren weltgeschichtliche Bedeutung unbestreitbar ist.

Zu den größten Errungenschaften des Oktober gehört, daß sich die Prinzipien der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit durchgesetzt haben. Mit gutem Recht sagen wir: Keine Gesellschaft, die es je auf der Erde gab, hat für die Volksmassen, für die Werktätigen so viel getan, hat so viel tun können wie der Sozialismus! Jeder sowjetische Mensch genießt die ganze Fülle an Rechten und Freiheiten, die es ihm ermöglichen, am politischen Leben aktiv teilzunehmen. Jeder sowjetische Mensch kann den Lebensweg entsprechend seiner Berufung und seinen Fähigkeiten wählen und dem Vaterland, seinem Volk nützlich sein.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Menschen verbessern sich ständig. Der Sowjetbürger kennt nicht das erniedrigende Gefühl der Angst vor dem morgigen Tag oder die Furcht, ohne Arbeit, ohne ärztliche Hilfe, ohne ein Dach über dem Kopf zu bleiben. Die Gesellschaft wacht über seine Rechte und Interessen, sie schützt seine Würde als Staatsbürger und seine Menschenwürde.

Gewissenhafte Arbeit, hohes Staatsbewußtsein, ideologische und moralische Qualitäten — davon werden die Stellung und das Ansehen des Menschen in unserem Lande bestimmt. Das ist auch ein unversiegbare Quell der schöpferischen Initiative, der geistigen Entwicklung der Persönlichkeit. Das ist der überzeugend-

ste Ausdruck der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit.

Vor kurzem wurde die neue Verfassung der Sowjetunion verabschiedet. Sie hat einmal mehr bestätigt, daß alle Umgestaltungen, alle Wandlungen in unserem Lande vor allem darauf abzielen, jedem Menschen wahrhaft menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Sie hat aufs neue überzeugend veranschaulicht, daß Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit Begriffe sind, die nur im Sozialismus mit ihrem wahren Inhalt erfüllt werden.

Genossen! Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution stellte unser Land, unser Volk in die Vorhut des sozialen Fortschritts. Und heute, 60 Jahre später, nehmen wir in ihren führenden Reihen den gebührenden Platz ein, denn wir haben als erste auf der Erde eine entwickelte sozialistische Gesellschaft geschaffen, wir bauen als erste den Kommunismus auf.

Noch nie verfügte unser Land über ein so gewaltiges ökonomisches und wissenschaftlich-technisches Potential. Noch nie war seine Verteidigungskraft so stark, so verläßlich. Noch nie besaßen wir so günstige Möglichkeiten, jene Aufgaben zu lösen, um derentwillen ja letzten Endes die Revolution vollzogen wurde: den Wohlstand der Massen zu heben, die sozialistische Demokratie zu entfalten, die Persönlichkeit allseitig zu entwickeln.

In der umfassenden Ausschöpfung aller Möglichkeiten des entwickelten Sozialismus liegt im Grunde genommen das Pathos unserer Tage. Daraus ergibt sich auch das Maß der Verantwortung, die uns heute von der Geschichte auferlegt ist.

Die Partei, ihr Zentralkomitee sind sich dieser Verantwortung bewußt. Der XXIV. und der XXV. Parteitag der KPdSU bestimmten die Strategie und Taktik des kommunistischen Aufbaus in der gegenwärtigen, überaus wichtigen Etappe unserer Geschichte. In der Wirtschaft wurde Kurs auf eine intensiv wachsende gesellschaftliche Produktion, auf eine höhere Effektivität und Qualität der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit genommen.

Auf diesem Kurs haben wir bereits bedeutende Erfolge aufzuweisen. Nimmt man das Jahr 1967, als die Sowjetmacht ihren 50. Gründungstag beging, als Ausgangspunkt, so hat sich seither das Wirtschaftspotential des Landes faktisch verdoppelt. Aber wohl nicht weniger wichtig sind die qualitativen Veränderungen. Zu einem immer wirksameren Faktor der volkswirtschaftlichen Entwicklung wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt. Vorrangig entwickeln sich die neuesten Produktionszweige. Unentwegt steigt die Arbeitsproduktivität.

Entsprechend dem Kurs der Partei wird die Entwicklung der Wirtschaft immer mehr auf die Lösung der vielgestaltigen Aufgaben orientiert, die unmittelbar mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Menschen zusammenhängen.

Die Lösung dieser Aufgaben wird in vieler Hinsicht von der Situation im Agrarsektor der Volkswirtschaft bestimmt. Man kann ohne weiteres behaupten, daß in der Geschichte unseres Landes noch nie so viel für den Aufschwung der Landwirtschaft getan wurde. In einer kurzen Frist wurden die materiell-technische Basis und die Ökonomik des Dorfes von Grund auf umgestaltet.



In beispiellos großem Ausmaß sind die Arbeiten zur Melioration, komplexen Mechanisierung und Chemisierung angelaufen.

Wir erkennen bereits die Früchte dieser großen Anstrengungen. 1967 kamen wir, ich möchte daran erinnern, auf 148 Millionen Tonnen Getreide, 11,5 Millionen Tonnen Fleisch und etwa 6 Millionen Tonnen Baumwolle. Dieses Jahr aber, das witterungsmäßig nicht am günstigsten, ja nicht einmal durchschnittlich ausfiel, werden 194 Millionen Tonnen Getreide, etwa 15 Millionen Tonnen Fleisch und 8,4 Millionen Tonnen Baumwolle erzeugt. Ich denke, diese Zahlen verdienen eine gebührende Würdigung, obwohl wir uns bewußt sind, daß noch nicht alle Probleme der Landwirtschaft gelöst sind. Die Partei setzt sich beharrlich dafür ein, daß dieser Wirtschaftszweig die wachsenden Bedürfnisse des Landes restlos deckt.

Einen beachtlichen Fortschritt weist auch die Lösung eines so komplizierten und kostenintensiven Problems wie die Wohnungsfrage auf. Ein Drittel des gesamten während der Sowjetmacht gebauten Wohnraums entfällt auf das jüngste Jahrzehnt. 110 Millionen unserer Landsleute erlebten in diesen Jahren das schöne Gefühl, in eine neue Wohnung einziehen zu können.

Große Mittel wurden für den Ausbau der Produktion von Konsumgütern bereitgestellt. Innerhalb von zehn Jahren hat unsere Industrie den Ausstoß dieser Erzeugnisse praktisch verdoppelt, sie weitgehend erneuert und verbessert. Auf das Doppelte ist auch der Einzelhandelsumsatz angestiegen. Die Nachfrage der sowjetischen Menschen nach vielen langlebigen Konsumgütern, die noch vor kurzem Mangelwaren darstellten, wird gedeckt.

Der Aufschwung der Wirtschaft hat es ermöglicht, die Löhne und Gehälter wesentlich anzuheben und den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds zu vergrößern. Das Realeinkommen der sowjetischen Menschen ist innerhalb von zehn Jahren auf das 1,6fache angewachsen. Besonders möchte ich hervorheben, daß sich in dieser Zeit das Lebensniveau der werktätigen Landbevölkerung beachtlich erhöht und sich ihre Lebensbedingungen verbessert haben.

Jede Tatsache, jede Zahl, die unser Entwicklungstempo kennzeichnet, ist ein überzeugender Beweis für die enormen Möglichkeiten des entwickelten Sozialismus. Mit neuer Kraft zeigte sich dies im Verlauf des sozialistischen Wettbewerbs zum Jubiläum der Oktoberrevolution. Die sowjetischen Menschen gingen immer höhere Verpflichtungen ein und hielten Wort. Sie stellten Gegenpläne auf, die sie nicht nur erfüllten, sondern auch überboten. Das Heimatland dankt den Teilnehmern des Jubiläumsaufgebots, allen, die den ruhmvollen Jahrestag der großen Revolution durch heldenmütige Arbeit begangen haben!

Genossen! Wenn wir die Erfolge gebührend würdigen, wissen wir dennoch sehr wohl, daß es bei uns noch genug Probleme gibt, daß vor uns noch ein riesiges Betätigungsfeld liegt.

Die Hauptrichtungen unserer Arbeit, die konkreten Tagesaufgaben sind durch die jüngsten Parteitage und Plenartagungen des Zentralkomitees festgelegt. Ihre Beschlüsse sind bekannt. Sie stellen neue, noch höhere Anforderungen an die Tätigkeit der Kader, an die Arbeit aller Werktätigen. Diese Anforderungen hängen damit zusammen, daß die gesellschaftliche Entwicklung in verschiedenen Lebensbereichen zu immer kompli-

zierteren Aufgaben führt. Je komplizierter aber die Aufgaben, je komplizierter die Arbeit, desto wichtiger ist das Abstimmen und Koordinieren, die Disziplin, ja alles, was zu einer hohen Organisiertheit gehört.

Hohe Organisiertheit auf allen Ebenen, in allen Gliederungen der Partei-, Staats- und Wirtschaftsleitung, an jedem Arbeitsplatz ist eine unerläßliche, obligatorische Voraussetzung für die Lösung der vom XXV. Parteitag gestellten Aufgaben.

Zugleich ist das eine sehr wichtige Voraussetzung für die Lösung auch jener Probleme, die in Zukunft auf uns warten. Bereits zu Beginn der Sowjetmacht sagte Wladimir Iljitsch Lenin, daß wir für eine rasche Aufwärtsentwicklung, dafür, daß unser Land mächtig und reich werde, das „haben, was gebraucht wird, sowohl in den Naturschätzen als auch in den Reserven an menschlichen Kräften sowie in dem herrlichen Elan, den die große Revolution der Schöpferkraft des Volkes verliehen hat...“. Heute kommen dazu das riesige ökonomische und wissenschaftlich-technische Potential sowie die reichen Erfahrungen beim Aufbau eines neuen Lebens. Wir haben wahrhaft alles erreicht, um sicheren Schrittes dem ersehnten Ziel, dem Kommunismus, entgegenzugehen, um immer neue Gipfel des Fortschritts zu erstürmen.

Aber es sind eben Gipfel, Genossen. Der Aufstieg zu diesen Gipfeln kann steil und schwer sein. Um ihn aber, technisch ausgedrückt, unter optimalen Bedingungen bewältigen zu können, kommt es darauf an, schon die heutigen Pläne auf die Lösung der Aufgaben von Morgen auszurichten. So verfährt denn auch die Partei.

Die Orientierung nicht nur auf die laufenden Erfordernisse, sondern auch auf die Zukunft ist unter anderem für unsere Agrarpolitik kennzeichnend. Unsere Arbeit ist darauf gerichtet, eine durchgreifende Lösung des Nahrungsmittelproblems, die Befriedigung des zunehmenden Landesbedarfs zu erreichen. Und das angesichts des Wachstums der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse, während die Bodenflächen die gleichen bleiben. Deshalb planen wir auch für die Zukunft eine beschleunigte, intensive Entwicklung aller Zweige der Landwirtschaft. Deshalb investieren wir in die Landwirtschaft heute und künftighin große Summen und werden auch die Kapazitäten der für das Dorf produzierenden Industriezweige erhöhen.

Eine beträchtliche Rolle fällt in diesen unseren Plänen der Nichtschwarzerdezone Rußlands zu. Dieses weitläufige Gebiet direkt im Herzen unseres Landes muß zu einer Zone mit höchsten Ergebnissen in der Feld- und Viehwirtschaft werden. Es wird unsere Nahrungsmittelressourcen bedeutend auffüllen.

Auf die Zukunft orientiert sind auch andere große Komplexprogramme, die in den letzten Jahren erarbeitet wurden. Das sind vor allem Programme zur Entwicklung West- und Ostsibiriens, zum Bau der Baikale-Amur-Magistrale sowie der Industrie- und Holzindustrie-komplexe im Fernen Osten. Sie sollen den künftigen Bedarf der Volkswirtschaft an Erdöl, Erdgas, Kohle, Eisen- und Buntmetallen, Holz und sonstigen Rohstoffen decken. Die Verwirklichung dieser Programme hat auch einen zutiefst sozialen Aspekt. Sie bedeutet die Erschließung vieler entlegener Gebiete



des Landes, in denen Dutzende neue Städte entstehen, neue Kulturzentren geschaffen werden. Der Begriff „unwirtliches Randgebiet“ selbst wird endgültig aus unserem Sprachgebrauch verschwinden.

Auf den Großbaustellen unserer Zeit bewährten sich besonders nachhaltig die Standhaftigkeit, der schöpferische Elan, die ideologische Stählung der sowjetischen Jugend. Die Komsomolzen, die Mädchen und Jungen schreiten, eingedenk der ruhmvollen Traditionen ihrer Großväter und Väter, in den ersten Reihen der Erbauer des Kommunismus, sie reifen in der Arbeit und lernen die Wirtschaft verwalten, gesellschaftliche und staatliche Angelegenheiten leiten. In ihren Händen liegt die Zukunft des Landes. Und wir sind überzeugt: Das sind zuverlässige Hände.

Wenn wir an die Zukunft denken, messen wir der Wissenschaft große Bedeutung bei. Sie hat einen großen Beitrag zur Lösung der wichtigsten Aufgaben des kommunistischen Aufbaus zu leisten. Dazu gehören die Entdeckung neuer Energieträger und Austauschstoffe für zahlreiche Naturschätze, die technische Neuausrüstung der Volkswirtschaft, die die Handarbeit, von der schweren körperlichen Arbeit gar nicht erst zu reden, auf ein Mindestmaß reduziert, die Förderung des Aufschwungs der Landwirtschaft, die Bekämpfung von Krankheiten und die Erhöhung der Lebenserwartung.

Die Zukunft unserer Wirtschaft liegt in der Steigerung der Effektivität. Einen anderen Weg zur Sicherung der erfolgreichen, dynamischen Entwicklung der Volkswirtschaft gibt es nicht. Gerade deshalb wird die Partei auch in Zukunft unbeirrbar den Kurs verfolgen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen, die Planung und Leitung zu vervollkommen, die Organisiertheit und Ordnung an jedem Arbeitsplatz, auf jeder Leitungsebene zu erhöhen.

Wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir zu einer weiteren Schlußfolgerung gelangen. In allen Lebens- und Entwicklungsbereichen unserer Gesellschaft wird der Grad des Bewußtseins, der Kultur und der staatsbürgerlichen Verantwortung der sowjetischen Menschen eine immer größere Rolle spielen. Zu den erstrangigen Aufgaben gehört, dem Menschen das Streben nach hohen gesellschaftlichen Zielen, ideologische Überzeugtheit und wahrhaft schöpferische Einstellung zur Arbeit anzuerziehen. Hier verläuft eine sehr wichtige Front des Kampfes für den Kommunismus, und von unseren Siegen an dieser Front wird sowohl der Verlauf des Wirtschaftsaufbaus als auch die soziale und politische Entwicklung des Landes immer mehr abhängen.

Sie sehen, uns erwarten in der Perspektive mancherlei Probleme, und zwar große Probleme. Aber die Stärke des Sozialismus liegt ja gerade darin, daß die neue Gesellschaftsordnung es ermöglicht, solche Probleme nicht nur vorauszusehen, sondern auch rechtzeitig deren Lösung zu planen.

Genossen! Das Sowjetvolk blickt zuversichtlich in die Zukunft. Es weiß genau, daß das Leben immer besser, immer schöner, immer inhaltsreicher werden wird. Das Unterpfand dafür ist die Arbeit, die durch die Ideale des Kommunismus inspirierte aufopferungsvolle Arbeit von Millionen Männern und Frauen. Das Unterpfand dafür ist die wissenschaftlich begründete leninistische Politik der Kommunistischen Partei.

Für jeden von uns Kommunisten-Leninisten ist es

der höchste Lohn, daß die sowjetischen Menschen alle ihre Errungenschaften, alle ihre Siege mit der Partei verknüpfen. Das ist auch verständlich. Ist doch die Partei vom Volk nicht zu trennen. In ihren Reihen stehen die besten Vertreter der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Volksintelligenz. Sie genießt das grenzenlose Vertrauen der Werktätigen.

Aber das Vertrauen des Volkes, Genossen, ist ein anspruchsvolles Vertrauen. Deshalb muß jeder Parteibeisatz, jeder Schritt in der Politik, in der organisatorischen und ideologischen Erziehungsarbeit so sein, daß die Einheit von Partei und Volk sich weiter festigt, daß auch in Zukunft das Vertrauen des Volkes zur Partei unerschütterlich bleibt.

Unsere Partei ist gerüstet, um ihrer historischen Verantwortung gewachsen zu sein. Uns begeistert ein hohes Ziel: das Wohl des Volkes. Wir verfügen über reiche, langjährige Erfahrungen beim Aufbau eines neuen Lebens. Als Anleitung zum Handeln dient uns der Marxismus-Leninismus, eine Wissenschaft, die alle Leistungen des menschlichen Genius in sich vereint. Wir sind uns unserer Stärke bewußt.

Der im Oktober 1917 begonnene große Weg führt weiter, der große Kampf für den Kommunismus wird fortgesetzt. Wladimir Iljitsch Lenin schrieb: „...wenn wir in den Kampf ziehen, müssen wir den Sieg wollen und den richtigen Weg zu ihm zeigen können“. Wir wollen den Sieg. Wir kennen den Weg zu ihm. Und wir werden zum Sieg kommen, wir werden zum Kommunismus kommen!

## II. DIE OKTOBERREVOLUTION HAT DIE WELT VERÄNDERT

Genossen! Kein Ereignis in der Weltgeschichte hatte solche tiefgreifenden, nachhaltigen Auswirkungen für die Menschheit wie die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Das Wetterleuchten des Oktobersturms erhellte den Völkern vieler Länder den Weg in die Zukunft. Die Geschichte eilte buchstäblich mit Siebenmeilenschritten voran.

Unter den internationalen Auswirkungen des Oktober, die das Antlitz unserer Epoche prägten, ist die Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems am wichtigsten. Es gab eine Zeit, da die Bourgeoisie, aufgeschreckt durch den Sieg des Oktober und seine machtvollen Einwirkung auf die Hirne von Millionen, in jedem revolutionären Ereignis in der Welt „die Hand Moskaus“ suchte. An diese Ammenmärchen glaubt heute kaum noch jemand. Revolutionen entbrennen und siegen durch die innere Entwicklung des jeweiligen Landes, nach dem Willen seines Volkes. Eine Reihe siegreicher sozialistischer Revolutionen in Europa, Asien und Amerika führte die Ideen und die Sache des Oktober fort.

Dadurch erweiterte und bereicherte sich die Praxis des Weltsozialismus. Jedes Land, das den sozialistischen Weg einschlug, löste in dieser oder jener Hinsicht auf seine eigene, auf spezifische Weise die Probleme des sozialistischen Staatswesens, der Entwicklung der so-

\* W. I. Lenin, Werke, Bd. 9, S. 45



zialistischen Industrie, des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern und der ideologischen Umerziehung der Volksmassen.

Zweifelloos wird der Übergang anderer Völker und Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsstand und unterschiedlichen nationalen Traditionen zum Sozialismus die Vielfalt an konkreten Formen des sozialistischen Aufbaus noch bereichern. Das ist durchaus naturgemäß.

Wie jedoch das Leben bestätigt, bleiben die allgemeinen grundlegenden, unveräußerlichen Wesenszüge der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus auch weiterhin bestehen.

Die gesamten Erfahrungen der Entwicklung des Weltsozialismus lehren unter anderem folgendes:

— Die entscheidende Frage der Revolution bleibt nach wie vor die Machtfrage. Entweder die Macht der Arbeiterklasse, die ein Bündnis mit dem gesamten werktätigen Volk eingeht. Oder die Macht der Bourgeoisie. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

— Der Übergang zum Sozialismus ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, nachdem sie die reale politische Macht erobert haben, diese dazu nutzen, die sozialökonomische Herrschaft der kapitalistischen und anderen Ausbeuter zu liquidieren.

— Der Sieg des Sozialismus ist möglich, wenn die Arbeiterklasse und ihre Vorhut — die Kommunisten — es vermögen, die werktätigen Massen im Kampf für die Errichtung der neuen Gesellschaft, für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft und aller gesellschaftlichen Verhältnisse zu begeistern und zusammenzuschließen.

— Der Sozialismus kann sich nur dann behaupten, wenn die Macht der Werktätigen die Revolution gegen jeden Angriff des Klassenfeindes zu verteidigen vermag (solche Angriffe von innen und erst recht von außen sind aber unausbleiblich).

Das sind nur einige Lehren aus der gegenwärtigen Entwicklung des Sozialismus. Sie bestätigen erneut die große internationale Bedeutung der Erfahrungen des Oktober, ungeachtet der ganzen Eigenart der Bedingungen unserer Revolution. Sie bestätigen erneut, wie sehr W. I. Lenin mit seiner Feststellung recht hatte, daß „... das russische Vorbild allen Ländern etwas, und zwar etwas überaus Wesentliches aus ihrer unausweichlichen und nicht fernen Zukunft zeigt“\*.

Der Weltsozialismus hat aber auch Erfahrungen anderer Art gemacht, die bestätigen, daß ein Abweichen vom marxistisch-leninistischen Kurs, eine Abkehr vom proletarischen Internationalismus unweigerlich zu Fehlschlägen und schweren Prüfungen für das Volk führen.

Gut bekannt ist, welche schweren Folgen die Versuche in China hatten, sich über die ökonomischen Gesetze des Sozialismus hinwegzusetzen, wie folgeschwer die Abkehr von der Freundschaft und Solidarität mit den sozialistischen Ländern und das Paktieren mit reaktionären Kräften in der Weltarena waren. Die sozialistischen Errungenschaften des chinesischen Volkes sind in große Gefahr gebracht worden.

Jetzt bauen manche Politiker kapitalistischer Länder ganz unverkennbar darauf, daß die gegenwärtigen

Widersprüche und die Entfremdung zwischen der Volksrepublik China einerseits und der Sowjetunion sowie anderen sozialistischen Ländern andererseits noch lange fortbestehen und sich in Zukunft sogar zuspitzen werden. Wir denken, das ist eine kurzsichtige Politik. Daß sich nur jene nicht verrechnen, die sie betreiben!

Wir wollen hier nicht herumnäseln, wie sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen im weiteren gestalten werden. Ich will nur sagen, daß unsere wiederholten Vorschläge zu ihrer Normalisierung aufrechterhalten bleiben.

Genossen! Einen großen Beitrag leistet das sozialistische Weltssystem zum Leben der heutigen Welt durch jene neuen Beziehungen, die sich dank der internationalistischen Politik der Bruderparteien zwischen den sozialistischen Staaten, vor allem zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, herausgebildet haben.

Wir können mit gutem Gewissen sagen: Unser Bündnis, unsere Freundschaft, unsere Zusammenarbeit sind Bündnis, Freundschaft und Zusammenarbeit souveräner, gleichberechtigter Staaten, die durch gemeinsame Ziele und Interessen, durch Bande kameradschaftlicher Solidarität und gegenseitiger Hilfe geeint sind. Wir schreiten zusammen voran, wobei wir einander helfen und unsere Kräfte, Kenntnisse und Ressourcen für die rascheste Vorwärtsbewegung vereinigen.

Wir haben Kurs auf die gemeinsame Lösung von Rohstoff-, Brennstoff-, Energie-, Nahrungsmittel- und Transportproblemen genommen. Wir vertiefen die Spezialisierung und Kooperation, besonders im Maschinenbau, und zwar auf der Grundlage der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik. Wir werden diese Aufgaben zuverlässig, rentabel und langfristig lösen. Wir werden sie lösen unter Berücksichtigung der Interessen und Erfordernisse eines jeden Bruderlandes und der ganzen Staatengemeinschaft.

Genossen! Im fern zurückliegenden Oktober 1917 traten die Arbeiter und Bauern Rußlands allein gegen die alte Welt an — gegen die Welt der Raffgier, der Unterdrückung und der Gewalt. Sie errichteten den Sozialismus in einem Land, das von den feindlich gesinnten Kräften des Imperialismus umzingelt war. Sie errichteten und behaupteten ihn. Heute stehen wir nicht mehr allein da. Unser Land wurde Mitglied der großen Familie sozialistischer Staaten. Kann also uns sowjetischen Kommunisten und allen sowjetischen Menschen in der uns umgebenden Welt etwas näher sein als diese sozialistische Familie? Für ihr Gedeihen, für unser gemeinsames Wohl tun wir alles, was in unseren Kräften steht!

Nicht hoch genug einzuschätzen ist der immense Einfluß, den unsere Oktoberrevolution auf die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung ausgeübt hat.

Es war der Sieg des Oktober, der das Bewußtsein der Kolonialvölker regelrecht aufrüttelte und ihnen half, große Erfolge im Kampf für die Befreiung vom Joch des Imperialismus zu erzielen. Schon 1919 schrieb W. I. Lenin, daß „... die Befreiung der Völker des Ostens heute vollauf praktisch verwirklicht werden kann“\*.

\* W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 6

\* W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 138



Nach dem zweiten Weltkrieg, nach unserem Sieg über den Faschismus schüttelten über zwei Milliarden Menschen das Joch der Kolonialherren ab und errangen ihre staatliche Unabhängigkeit. Im Grunde kann das Kolonialsystem des Imperialismus in seinen klassischen Formen als beseitigt angesehen werden. Das ist, Genossen, eine Erscheinung von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Äußerst wichtig ist, daß viele Staaten, die sich befreit haben, den kapitalistischen Entwicklungsweg ablehnen, sich die Errichtung einer von Ausbeutung freien Gesellschaft zum Ziel setzen und sich auf den Sozialismus orientieren.

Die sozialistischen Länder sind diesen Staaten treue und zuverlässige Freunde, bereit, ihnen mögliche Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung auf dem Wege des Fortschritts zu leisten. Und zwar nicht nur moralische und politische, sondern auch wirtschaftliche und organisatorische Unterstützung, bis zum Beistand für die Stärkung der Landesverteidigung.

Der Weg der Freiheitskämpfer ist nicht leicht. Es gilt, eine beharrliche Arbeit bei der Errichtung von Grundlagen einer gesellschaftlichen Wirtschaft zu leisten, wie sie für den Sozialismus unerlässlich sind. Unvermeidlich sind erbitterte Auseinandersetzungen mit den Ausbeuterelementen und ihren ausländischen Schirmherren. Sie bewirken mitunter extreme Schwankungen in der Politik der jungen Staaten und manchmal sogar eine Rückwärtsbewegung. Doch die Grundrichtung in der Entwicklung ist unbestreitbar. Der Wille von Millionen Werktätigen, die ihre Ziele und ihren Platz im Leben erkannt haben, ist ein sicheres Unterpfand für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und den endgültigen Sieg einer Gesellschaftsordnung, die von Ausbeutung und Unterdrückung frei ist.

All das bedeutet natürlich nicht, daß sich der Imperialismus mit dieser Entwicklung abgefunden hat. Nein, seine Positionen in den ehemaligen Kolonien sind hier und da immer noch recht stark, und die Imperialisten setzen alles daran, sie zu erhalten und, wo es gelingt, zu vertiefen und auszubauen.

Sie können jetzt nicht so ohne weiteres eine direkte militärische Einmischung in die Angelegenheiten der Staaten wagen, die sich befreit haben. Die letzte große Aktion dieser Art — der Krieg der USA gegen das Volk Vietnams — endete mit einer dermaßen vernichtenden und schmachvollen Niederlage, daß ihnen die Lust zur Wiederholung solcher Abenteuer vergangen sein dürfte.

Die Versuche, die jungen Länder in die imperialistischen Militärblöcke einzubeziehen, stoßen auf wachsenden Widerstand. Dies belegt unter anderem die Bewegung der Blockfreiheit.

Dem Imperialismus werden wohl auch kaum die Versuche helfen, die von ihm aufgebauten oder gekauften reaktionären Regimes in den ehemaligen Kolonien zu nutzen. Denn diese Regimes können den Völkern nichts anders bieten als neue Formen der Abhängigkeit vom selben Imperialismus.

Schon als die ersten Wogen des nationalen Befreiungskampfes der Völker in den Ländern des Orients aufwallten, schrieb W. I. Lenin: „... keine Kraft in der Welt wird die alte Frontherrschaft in Asien wiederherstellen, wird den heldenhaften demokratischen Geist

der Volksmassen in den asiatischen und halbasiatischen Ländern vom Erdboden vertilgen können.“\* Heute können wir mit Gewißheit behaupten: Keine Kraft in der Welt wird die Ergebnisse des heldenhaften Freiheitskampfes der Millionen in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien des Imperialismus vom Erdboden vertilgen können. Das Befreiungswerk der Völker ist unüberwindbar, ihm gehört die Zukunft. Das vom Oktober entzündete Licht wird auch an dieser Front der Weltgeschichte nicht erlöschen.

Genossen! Der Sieg der Oktoberrevolution hat eine neue Etappe im Kampf der internationalen Arbeiterbewegung eingeleitet.

Die Errichtung des Sozialismus in der UdSSR und danach auch in anderen Ländern trug dazu bei, daß die politische Reife des Proletariats in den kapitalistischen Ländern zugenommen hat. Seine Reihen sind nun besser organisiert. Es entstand eine Kraft, die berufen ist, eine große Rolle in der Geschichte zu spielen: die internationale kommunistische Bewegung. Die Front der Verbündeten des Proletariats im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole, für Demokratie und Sozialismus ist breiter geworden.

Indessen zeigt sich der Kapitalismus immer augenfälliger als eine Gesellschaft ohne Zukunft. Seine Wirtschaft wird chronisch vom Fieber geschüttelt. Der technische Fortschritt wirft solche Arbeitermassen auf die Straße, daß das gesamte sozialpolitische System ins Wanken zu geraten droht. Unentwegt steigen die Preise, die Inflation bleibt Problem Nummer eins. Die skandalösen Enthüllungen dunkler politischer Machenschaften hochgestellter Persönlichkeiten, ihrer Käuflichkeit, ihres Amtsmissbrauchs und ihrer groben Gesetzesübertretungen schlagen wie Bomben bald in dem einen, bald in dem anderen Land ein und machen die Degeneration der herrschenden Klasse deutlich. Ansteigende Kriminalität, die alle Rekorde bricht, rundet das Bild ab. All das bedeutet, daß die objektiven ökonomischen und sozialpolitischen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus einen hohen Reifegrad erreicht haben. In den kapitalistischen Ländern wächst der Drang der Massen nach grundlegenden Wandlungen.

Die Bourgeoisie ist freilich ein erfahrener Gegner. Sie wechselt ihre Taktik und manövriert. Sie versucht durch Teilreformen, ihre Positionen zu festigen und das Streben der Massen nach Sozialismus zu schwächen.

Unter diesen Bedingungen bemühen sich die kommunistischen Parteien, die Strategie und Taktik ihres revolutionären Kampfes zu vervollkommen. Sie setzen sich für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole ein. In ihren diesbezüglichen theoretischen Konzeptionen gibt es interessante Thesen, wenn auch wahrscheinlich nicht alle als restlos durchgearbeitet und unanfechtbar gelten können. Das ist auch verständlich: So ist das nun einmal beim Suchen. Es kommt nur darauf an, daß in der richtigen Richtung gesucht wird.

Welche Wege auch gewählt werden, letztendlich sind die Kommunisten dazu berufen, die Massen zum Hauptziel, zum Sozialismus, zu führen. Die Erfahrung

\* W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, S. 578



gen des Kampfes für den Sieg der Oktoberrevolution haben gezeigt, daß in der revolutionären Tätigkeit ein Wechsel der Taktik und Kompromisse zur Gewinnung neuer Verbündeter durchaus möglich sind. Wir haben uns aber auch von etwas anderem überzeugt: Auf keinen Fall dürfen Prinzipien einem taktischen Vorteil geopfert werden. Sonst kann man, wie es heißt, zwar die Haare behalten, den Kopf aber verlieren.

Je größer der Einfluß der kommunistischen Parteien, desto aktiver versucht der Imperialismus, die Kommunisten vom richtigen Weg abzubringen. Das wird plump gemacht — mit Druck und Drohungen — oder auch raffinierter. Mitunter versichert man jetzt den Kommunisten in den bürgerlichen Ländern, ihr „Recht auf einen Platz in der Gesellschaft akzeptieren zu wollen“. Als Gegenleistung fordert man eine „Nichtigkeit“. Sie sollen auf den Kampf gegen die Macht des Kapitals, für den Sozialismus, auf die internationale Klassensolidarität verzichten. Die Kommunisten haben aber schon längst ihren Platz in der Gesellschaft erobert. Und das eben durch ihren revolutionären Kampf. Ihre Rolle in der Gesellschaft ist von den Völkern anerkannt worden, und niemand kann sie ihnen streitig machen!

Die Imperialisten sind darauf aus, die Geschlossenheit der kommunistischen Reihen zu schwächen. Zu diesem Zweck konstruieren sie unter anderem eifrig die verlogene Behauptung, die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, insbesondere die KPdSU, würden den Kommunisten des Westens ihre Rezepte für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft aufzwingen. Das ist aber eine offenkundige Fälschung.

Unsere Partei hält sich, wie alle marxistisch-leninistischen Parteien, strikt an die in der kommunistischen Bewegung allgemein anerkannten Prinzipien der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung der Kommunisten aller Länder.

Wir Kommunisten der Sowjetunion, die wir den 60. Jahrestag unserer Revolution begehen, erklären heute abermals, daß wir dem großen Bruderbund der Kommunisten der Welt immer treu bleiben werden! Größte Erfolge wünschen wir von ganzem Herzen den kommunistischen und Arbeiterparteien und ihren Verbündeten, die gegen die Diktatur des Kapitals, für Freiheit, Frieden und sozialen Fortschritt kämpfen. Unserer Freundschaft, Solidarität und Unterstützung könnt Ihr stets gewiß sein!

Genossen! Die Sowjetmacht stand von Anfang an im Zeichen des Leninschen Friedensdekrets, und seitdem ist die gesamte Außenpolitik unseres Landes von Friedensliebe geprägt. Die objektiven historischen Bedingungen geboten den konkreten Inhalt dieser Politik: den Kurs auf die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Heute sind die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als einzig realistische und vernunftgetragene Prinzipien recht stark in der Weltpolitik verwurzelt. Das ist ein Ergebnis des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses, vor allem der gewachsenen Stärke und internationalen Autorität des Sowjetlandes und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft. Das ist auch ein Ergebnis der Erfolge, die von der internationalen

Arbeiterbewegung und von den nationalen Befreiungskräften errungen worden sind. Das ist schließlich ein Ergebnis der Einsicht eines Teils der herrschenden Kreise der kapitalistischen Welt in die neuen Realitäten.

Das ist zugleich das Fazit der gewaltigen Arbeit, die die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft in den letzten Jahren geleistet haben, um die internationalen Beziehungen umzugestalten, um ihre Orientierung auf den Frieden durchzusetzen.

Die positiven Wandlungen in der Welt, die in den 70er Jahren besonders spürbar geworden sind, werden als internationale Entspannung bezeichnet. Diese Wandlungen sind greifbar und konkret. Sie äußern sich darin, daß eine Art Kodex von Regeln für ehrliche und gerechte Beziehungen zwischen den Ländern anerkannt und durch internationale Dokumente verankert wurde, was sich als rechtliches und moralisch-politisches Hindernis für diejenigen erweist, die an Kriegsabenteuern Gefallen finden. Sie äußern sich in den ersten, wenn auch einstweilen noch bescheidenen Vereinbarungen, die einige Kanäle des Wettrüstens abriegeln. Sie äußern sich in einem verzweigten Vertragswerk, das viele Bereiche der friedlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung umfaßt.

Am deutlichsten zeigen sich die Wandlungen zum Besseren in Europa, wo gutnachbarliche Beziehungen, gegenseitiges Verständnis und Interesse sowie gegenseitige Achtung der Völker erstarken. Wir wissen diese Errungenschaft zu würdigen und betrachten es als unsere Pflicht, sie auf jede Weise zu wahren und zu verankern. Daher legen wir großen Wert auf die Zusammenarbeit mit solchen Ländern wie Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien, mit allen großen und kleinen europäischen Staaten des anderen Gesellschaftssystems.

Naturgemäß legen wir großen Wert auch auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Vieles trennt unsere Länder — von der sozialökonomischen Struktur bis zur Ideologie. Nicht allen in den USA sagen unsere Verhältnisse zu, und auch wir könnten viel dazu sagen, was in Amerika geschieht. Wenn man aber die Differenzen betont und einander belehren will, so wird das schließlich nur das Mißtrauen und die Feindseligkeit verstärken, was unseren beiden Ländern nicht nützt und für die ganze Welt gefährlich ist. Bald nach der Gründung des Sowjetstaates wies Lenin die damaligen amerikanischen Staatsführer darauf hin, daß „Sowjetrußland eine Großmacht ist, ob es ihnen nun gefällt oder nicht“, daß „die Wilson-Politik der frommen Weigerung, mit uns etwas zu tun zu haben, nur weil unsere Regierung nicht nach ihrem Geschmack ist, Amerika nichts einbringen wird“.\* Das traf schon vor einem halben Jahrhundert zu. Um so mehr ist das heute der Fall.

Das Leben selbst fordert, daß in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen von der Sorge um den Frieden diktierte Erwägungen auf lange Sicht den Ausschlag geben. Wir halten uns an diese Linie, wir erwarten von der Gegenseite das gleiche. Uns wird es nicht an Bereitschaft mangeln, die eingeleitete Entwicklung der Beziehungen mit den USA auf der

\* Lenin-Sammelband, XXXVII, S. 254, russ.



Grundlage von Gleichheit und gegenseitiger Achtung weiterzuführen.

Die internationalen Beziehungen sind jetzt gewissermaßen am Schnittpunkt zweier Wege angelangt, von denen der eine zu wachsendem Vertrauen und zunehmender Zusammenarbeit führt, der andere aber zum Anwachsen der gegenseitigen Furcht, des Mißtrauens, des Waffenhortens. Es sind zwei Wege, die in letzter Konsequenz jeweils zum stabilen Frieden oder aber, im besten Fall, zum Balancieren am Abgrund des Krieges führen. Die Entspannung bietet die Möglichkeit, den Weg des Friedens zu wählen. Es wäre ein Verbrechen, sich diese Gelegenheit entgehen zu lassen. Die allerwichtigste und vordringlichste Aufgabe ist heute, das Wettrüsten einzustellen, das die ganze Welt erfaßt hat.

Leider wird das Rüsten weiter forciert und nimmt immer gefährlichere Formen an. Es werden — und es ist wohl bekannt, auf wessen Initiative — neue Arten und Typen von Massenvernichtungswaffen entwickelt. Jede von ihnen ist aber eine Gleichung mit mehreren Unbekannten, und nicht nur hinsichtlich der militärtechnischen oder strategischen, sondern auch hinsichtlich der politischen Folgen. Das Jagen von einem Waffentyp zum anderen, das offenbar auf der naiven Absicht beruht, das Monopol darauf zu behaupten, heizt das Wettrüsten nur an, vertieft das gegenseitige Mißtrauen und erschwert die Abrüstungsmaßnahmen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz kategorisch einen von mir schon früher geäußerten Gedanken bekräftigen. Die Sowjetunion sorgt wirksam für ihre Verteidigung, strebt aber keine militärische Überlegenheit über die andere Seite an und wird sie auch nicht anstreben. Wir wollen das ungefähre militärische Gleichgewicht der Kräfte nicht stören, das sich gegenwärtig zum Beispiel zwischen Ost und West in Mitteleuropa oder zwischen der UdSSR und den USA herausgebildet hat. Wir fordern dafür aber, daß auch niemand anders darauf aus ist, es zu seinem Vorteil zu verändern.

Die Aufrechterhaltung des entstandenen Gleichgewichtes ist natürlich kein Selbstzweck. Wir sind dafür, die Kurve des Wettrüstens nach unten zu drücken und die militärische Konfrontation allmählich abzubauen. Wir wollen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, die schlimmste Gefahr für die Menschheit, wesentlich verringern und dann völlig bannen. Eben darauf zielen die wohlbekannten Vorschläge der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder ab.

Heute schlagen wir einen radikalen Schritt vor: zu vereinbaren, daß alle Staaten gleichzeitig die Produktion der Kernwaffen einstellen. Und zwar jeder derartigen Waffe — seien es Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbomben bzw. -granaten. Gleichzeitig könnten die Kernmächte sich verpflichten, mit einer schrittweisen Reduzierung der schon gehorteten Vorräte zu beginnen und so diese Waffen nach und nach und schließlich restlos, „hundertprozentig“, zu vernichten. Die Energie des Atoms nur für friedliche Zwecke! — diesen Appell richtet der Sowjetstaat im Jahr seines sechzigsten Jubiläums an die Regierungen und Völker.

Ein weiteres wichtiges Problem betrifft unmittelbar die Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges. Es geht darum, das vollständige Verbot aller Kernwaffenversuche durchzusetzen, so daß derartige Versuche nicht nur in der Atmosphäre, im Weltraum und

unter Wasser, sondern auch unter der Erde untersagt werden. Wir möchten die Verhandlungen zu dieser Frage voranbringen und sie zu einem erfolgreichen Abschluß führen. Daher erklären wir uns bereit: zu vereinbaren, daß außer dem befristeten Verbot aller Kernwaffenversuche ein Moratorium für Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken verhängt wird. Wir hoffen, daß dieser wichtige Schritt der UdSSR von unseren Gesprächspartnern gebührend gewürdigt und somit der Weg zum Abschluß eines von den Völkern schon längst erwarteten Vertrages freigelegt wird.

Die Sowjetunion geht sicheren Schrittes auf dem Weg des Friedens. Wir treten energisch und beharrlich dafür ein, daß der Wettstreit zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht auf dem Schlachtfeld, nicht auf den Taktstraßen der Rüstungsbetriebe, sondern in der friedlichen Arbeit entschieden wird. Wir wollen, daß über die Grenzen, die diese beiden Welten teilen, nicht die Flugbahnen von Raketen mit nuklearen Sprengsätzen führen, sondern sich Fäden umfassender und vielseitiger Zusammenarbeit zum Wohle der ganzen Menschheit spannen. Diese Politik verfolgen wir konsequent und erfüllen somit eine Hauptlosung des Oktober, ein Gebot Lenins: Friede den Völkern!

Gelingt es uns, die Hauptaufgabe zu lösen, die Aufgabe, einen neuen Weltkrieg abzuwenden und einen dauerhaften Frieden zu sichern, so wird das den Erdbewohnern neue Perspektiven eröffnen. So werden die Voraussetzungen für die Lösung vieler anderer lebenswichtiger Probleme geschaffen, vor die sich heute die gesamte Menschheit gestellt sieht.

Was sind das für Probleme?

Das ist zum Beispiel die Notwendigkeit, eine Riesenzahl von Menschen mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energieträgern zu versorgen. Denn bis Ende des Jahrhunderts wird die Bevölkerung der Erde nach vorliegenden Berechnungen von 4 auf 6 Milliarden anwachsen. Das ist ferner die Überwindung der vom Kolonialismus verursachten wirtschaftlichen Rückständigkeit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, was für eine normale Entwicklung der künftigen Beziehungen zwischen den Staaten und überhaupt für den Fortschritt der gesamten Menschheit notwendig ist. Das ist schließlich der Schutz des Menschen vor zahlreichen Gefahren, die ihm von einer weiteren unkontrollierten technischen Entwicklung drohen, mit anderen Worten: die Erhaltung der Natur für den Menschen.

Das sind durchaus reale und sehr ernste Probleme. Mit jedem neuen Jahrzehnt werden sie sich weiterzuspitzen, falls durch planmäßige internationale Zusammenarbeit keine vernünftige gemeinsame Lösung gefunden wird.

Heutzutage ist die Welt in sozialer Hinsicht nicht homogen, sie setzt sich vielmehr aus Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zusammen. Das ist eine objektive Tatsache. Der sozialistische Teil der Welt liefert durch seine innere Entwicklung und seine Einstellung zu den internationalen Beziehungen ein gutes Beispiel dafür, wie die großen Probleme, vor denen die Menschheit steht, am besten zu lösen sind. Er kann sie aber naturgemäß nicht für die ganze Menschheit lösen. Hier bedarf es zielstrebigem Bemühen des Volkes eines jeden Landes, hier ist eine umfassende und konstruktive Zusammenarbeit aller Länder, aller Völker erforderlich. Die Sowjetunion ist vorbehaltlos für diese Zusammenarbeit. Das ist, bei näherer



Betrachtung, der Inhalt des außenpolitischen Kurses, den wir als Kurs der friedlichen Koexistenz bezeichnen.

Genossen und Freunde! Die Errungenschaften des Oktober, die Möglichkeiten des Sozialismus sind heute das sicherste Unterpfand für den weiteren Fortschritt der Menschheit. Die Oktoberrevolution ist der Ursprung großer Wandlungen, das Banner, erhoben über dem 20. Jahrhundert von dem Willen und den Händen der werktätigen Massen.

Wir schreiten der Epoche entgegen, da der Sozialismus in seiner jeweiligen konkreten, historisch bedingten Form zum dominierenden Gesellschaftssystem der Welt werden und der ganzen arbeitenden Menschheit Frieden, Freiheit, Gleichheit und Wohlstand bringen wird.

Das ist weder eine Utopie noch ein schöner Traum. Das ist die reale Perspektive. Wir, Genossen, bringen sie gemeinsam durch unsere Arbeit und unseren Kampf tagtäglich näher, Millionen unserer Zeitgenossen bringen sie durch ihre Arbeit und ihren Kampf näher. Das ist denn auch die Fortführung des von der Oktoberrevolution begonnenen Werkes.

Wahren wir immer die Treue zum Banner des Großen Oktober, zum roten Banner der Revolution!

Möge das Licht der unsterblichen marxistisch-leninistischen Ideen immer heller über der Welt erstrahlen!

Es lebe das große Sowjetvolk!

Es lebe unsere große Partei, die Partei Lenins!

Vorwärts zum Sieg des Kommunismus!



# ANBRUCH EINER NEUEN EPOCHE

Wadim SAGLADIN

Unter den historischen Vorgängen, die die Weltgeschichte ausmachen, waren nicht allzu viele, die das Augenmerk der ganzen Menschheit auf sich lenkten, noch nach Jahrzehnten heiß umstritten waren und deren praktische Konsequenzen eine Umwälzung im Leben der menschlichen Gesellschaft herbeiführten.

Ein solcher historischer Vorgang war die Oktoberrevolution.

## I

Will man ein großes Ereignis richtig beurteilen, so muß man vor allem wissen, inwiefern es den Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts entspricht, mit anderen Worten, ob es ein gesetzmäßiges, logisches Resultat des geschichtlichen Prozesses, sein unerläßlicher Bestandteil, oder aber etwas rein Zufälliges ist, das von der Gesamtrichtung der Geschichte abweicht.

Die Gegner des Sozialismus wollen seit dem 25. Oktober 1917 beweisen, daß die Oktoberrevolution etwas Zufälliges, eine Art Abweichung von der geschichtlichen Logik, ein Ergebnis subjektiven Willens der Bolschewiki, eines gewaltsamen Eingriffs in den „normalen“ Gang der Ereignisse gewesen sei.

Unsere ideologischen Gegner wollen das noch jetzt beweisen. Ein absurdes Unterfangen? Gewiß, wenn man den Gang der Ereignisse seit der Oktoberrevolution in Betracht zieht. Die Hartnäckigkeit dieser Behauptung hat aber ihre eigene Logik: die Logik der Verteidigung einer Gesellschaftsordnung, die sich bereits überlebt.

Vor sechs Jahrzehnten nannten die Feinde des Sozialismus die Oktoberrevolution etwas UnGesetzmäßiges, um ihren wütenden, mit allen erdenklichen Mitteln geführten Kampf gegen die neue Gesellschaft ideologisch zu rechtfertigen. Der Ausdruck „In der Wiege erwürgen“ ist keine literarische Floskel, sondern die politische Formel für die Einstellung der führenden westlichen Kreise der 20er Jahre zur Sowjetunion.

Jetzt, nachdem die zahlreichen Versuche gescheitert sind, die Oktoberrevolution abzuwürgen und den Sozialismus zu unterminieren und zu vernichten, hat das Gerede, unsere

Revolution sei „unGesetzmäßig“ gewesen, einen anderen Zweck. Der Imperialismus hofft selbstverständlich noch immer, den Sozialismus unterminieren zu können, ja er versucht es immer von neuem, mit beliebigen Mitteln — wenn nicht mit einer Intervention, so durch ein „Aufweichen“ der neuen Ordnung, dadurch, sie der bürgerlichen Ordnung „nahezubringen“ (man denke an die „Dissidenten“).

Und doch gilt das endlose Lament unserer Gegner im Westen über eine „UnGesetzmäßigkeit“ der Oktoberrevolution heute nicht mehr so sehr der Vergangenheit, ja nicht einmal so sehr der Gegenwart wie der Zukunft. Wäre nämlich die Oktoberrevolution unGesetzmäßig gewesen, so wären es auch die weiteren revolutionären Umgestaltungen, so könnte man darauf hoffen, den Kapitalismus länger am Leben zu erhalten, so wäre auch der Kampf des Kapitals gegen diejenigen gesetzmäßig, die auf neue Revolutionen, auf eine sozialistische Erneuerung der Gesellschaft hinwirken.

Also ist der Streit darum, ob die neue, die sozialistische Welt gesetzmäßig oder unGesetzmäßig entstanden ist, kein abstrakter Disput und keine kleinbürgerliche Kannegießerei, sondern eine Frage der heutigen Politik. Und deshalb wollen wir ernsthaft darauf eingehen.

## II

Die Behauptung, die Oktoberrevolution sei unGesetzmäßig gewesen, hat zwei Seiten: eine allgemeingeschichtliche und eine konkret geschichtliche, direkt unser Land betreffende.

Die allgemeingeschichtliche läuft darauf hinaus, daß die Liquidierung des Kapitalismus an sich ein Fehler gewesen sei. Er sei noch kein Hemmschuh für die Entwicklung der Gesellschaft. Marx und die Marxisten hätten sich mit ihren Schlußfolgerungen übereilt. Das sagte man vor 60 Jahren, und das sagt man bisweilen noch jetzt, sowohl im Hinblick auf die Geschichte der ganzen Menschheit als auch hinsichtlich der Oktoberrevolution und der Geschichte unseres Landes.

Der Leser möge uns verzeihen, wenn wir in diesem Zusammenhang

einige allbekannte Dinge rekapitulieren.

Um die Jahrhundertwende hatte der „klassische“, d. h. der Kapitalismus des unumschränkten Privateigentums und der freien Konkurrenz schon weitgehend zu bestehen aufgehört. An seine Stelle war der Imperialismus getreten. Das Privateigentum? Ja, es war die Stütze der bürgerlichen Gesellschaft geblieben. Bloß spielte nunmehr das Eigentum der Monopole, spielten deren Raffsucht und Willkür die Hauptrolle. Die kleinen, mittleren und auch manche großen Unternehmer hatten sich in Zinnsoldaten verwandelt, die das Monopolkapital quetschte, zerbrach und einschmolz, wie es ihm gerade paßte. Die freie Konkurrenz? Ja, sie wurde nach wie vor als „unumstößliches Prinzip“ anerkannt, bloß war die „freie“ Neuaufteilung der Märkte und Einflußsphären unter den Riesenhaien an ihre Stelle getreten, in der Politik aber die scheinheilige, skrupellose, mit „demokratischen“ Phrasen dürtig bemäntelte Herrschaft der Kräfte, die das Groß- und Größtkapital repräsentieren, und die vielgepriesene Pluralität der bürgerlichen Parteien, die die Interessen aller Gesellschaftsschichten zu wahren vorgeben, in Wirklichkeit aber denselben Gott anbeten: den Monopolprofit.

Die Leute, die behaupten, die Marxisten hätten sich übereilt, scheinen die Panik vergessen zu haben, von der um die Jahrhundertwende die kleine und mittlere Bourgeoisie Europas und Amerikas gepackt wurde. In diesen Kreisen wurde vielfach der Ruf nach einem Verbot der Monopole und eine Kritik am Imperialismus laut.

Aber ungeachtet der Kritik wuchs und erstarkte der Imperialismus und dominierte sehr bald in der Welt der Bourgeoisie. Lenin wies vor mehr als 60 Jahren schlagend nach, daß der Imperialismus das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus ist. Sein schmarotzendes, verrottendes, agonisierendes Stadium trat in jedem Land natürlich anders, aber überall und mit der Zeit immer krasser auf.

Schon zu Anfang des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts erschienen die ersten bürgerlichen Schriften, in denen zwar zaghaft, aber doch immer deutlicher gefragt wurde, was weiter werden sollte, ob



der Kapitalismus eine Zukunft habe.

Das zu beantworten, ist heutzutage wohl nicht weiter schwer. Der Kapitalismus erweist sich immer sinnfälliger als eine Gesellschaftsordnung ohne Zukunft. Wirtschaftliche Erschütterungen, eine enorme Arbeitslosigkeit, eine völlige Zerrüttung des Valuta- und Finanzmechanismus, haarsträubende politische Skandale, eine tiefe Krise der gesellschaftlichen Moral — das alles sind objektive Voraussetzungen für den Zusammenbruch des Kapitalismus.

Die Sache ist aber nicht bloß bis zu Voraussetzungen gediehen. Die Arbeiterklasse, die Arbeiterbewegung hat schon lange den Sozialismus, die sozialistische Revolution, die radikale Erneuerung der Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben. Der erste Versuch in dieser Richtung war die unsterbliche Pariser Kommune. Die Oktoberrevolution in Rußland war der erste Akt des Zusammenbruchs der alten und des Entstehens der neuen Welt.

Manche „Freunde“ unseres Landes (solche, die den Sozialismus mit schmutzigem Geld und mit nicht minder schmutzigen Instruktionen der CIA und des NTS „aufbessern“ möchten) behaupten allerdings noch jetzt, die Oktoberrevolution habe seine Entwicklung aufgehalten. Ihnen zufolge hätte Rußland als bourgeoises Land mehr denn als sozialistisches Land erreicht. Damit wollen sie auf neue Art die These widerlegen, daß der Kapitalismus reif zum Zusammenbrechen ist.

Die Geschichte ist kein Laborexperiment, das man in anderer Variante wiederholen könnte. Auch ist es nicht so einfach zu sagen, was wäre, wenn. Es gibt aber Tatsachen, die die Frage unserer ideologischen Gegner klar beantworten helfen.

Kein kapitalistisches Land hat jemals in 60 Jahren so riesige Fortschritte wie unser Land gemacht, weder bei der Hebung des Kultur- und Bildungsniveaus seines Volkes noch in einer für den Kapitalismus so gewohnten Sphäre wie der industriellen Produktion.

Ein Beispiel: Für den Zuwachs dieser Produktion, den die UdSSR in 60 Jahren erzielt hat, brauchten die USA 120—130 Jahre, obwohl sie doch das höchstentwickelte Land der kapitalistischen Welt sind.

Oder ein anderes: Ein einfaches Rechenexempel ergibt, daß die UdSSR, wenn sie sich seit 1917 im selben Tempo wie dieses höchstent-

wickelte kapitalistische Land entwickelt hätte, heute auf dem Stand wie vor etwa 30 Jahren wäre.

### III

Und nun kommen wir zur anderen Seite der Behauptung, die Oktoberrevolution sei ungesetzmäßig gewesen. Wird darüber, ob der Kapitalismus aufgehoben werden sollte, größtenteils von bürgerlichen Autoren diskutiert, so ist die zweite Frage, ob es richtig war, damit in Rußland anzufangen, ein Diskussionsgegenstand auch in der Arbeiterbewegung.

Schon in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution brachten die Führer der rechten Sozialdemokraten folgende Idee vor: Die Revolution von Oktober 1917 in Petrograd sei natürlich eine Revolution gewesen, aber keine sozialistische, da Rußland ein zurückgebliebenes Agrarland war, und es sei Unsinn zu glauben, daß dort ein wirklicher Sozialismus aufgebaut werden könne.

Das sagten sie vor 60 Jahren, und viele von ihnen sagen es noch heute.

Bloß heißt es jetzt oft nicht, daß in Rußland wegen seiner Zurückgebliebenheit der Sozialismus überhaupt unmöglich, sondern daß der Sozialismus in der UdSSR „kein richtiger“ sei. Schließlich ist das aber nur die alte Leier.

Nun, Rußland war wirklich ein Land mit niedrigem oder eher, wie Lenin sagte, mittelmäßigem sozialem und wirtschaftlichem Entwicklungsniveau. Die hochmonopolisierte Industrie (Produktion und Arbeiterklasse waren in den Betrieben stärker als in anderen Ländern konzentriert) war von einem Meer kleiner Bauernbetriebe umgeben. Die Arbeiterklasse war zahlenmäßig klein, aber kampffähig, sie hatte eine gute Kampfschulung durchlaufen, war von einer wahrhaft revolutionären Partei — der Partei der Bolschewiki — geführt, machte aber nur 10% der berufstätigen Bevölkerung aus. Die von vielen nichtrussischen Völkern bewohnten Randgebiete standen in vieler Hinsicht noch auf vor-kapitalistischer Entwicklungsstufe.

Mit anderen Worten vollzog sich im zaristischen Rußland, wie Engels schon 1890 konstatierte, „eine ebenso tiefgreifende und bedeutsame ökonomische Umwälzung wie in jedem anderen europäischen Lande“. Zum Unterschied von den anderen Ländern Europas war aber für Rußland nicht nur die Entwicklung des Kapitalismus, sondern auch sein Bestehen neben Über-



60 JAHRE  
Großer  
Oktober

bleibens des Feudalismus charakteristisch. Die Klassenunterdrückung verschiedener Art ging mit einer nationalen, religiösen und anderen Diskriminierung einher. Kurz: In Rußland waren alle Hauptwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft miteinander verquickt. Dadurch wurde es zu einem Pulverfaß, das beim geringsten Funken in die Luft gehen mußte.

Unter diesen Umständen mußte die wirklich revolutionäre Partei, mußten die wirklichen Revolutionäre die Revolution aufs Tapet bringen, ja sie hatten kein Recht, es nicht zu tun. Sie mußten das Volk zum Sturz der kapitalistischen Ordnung führen, und sie taten es. Sie führten die Massen zum Sturmangriff auf den Kapitalismus, und sie siegten.

Hätten die Bolschewiki etwa — nach der Logik der damaligen Führung der rechten Sozialdemokraten — anders, nämlich so wie sie handeln müssen, als sie 1918 die Revolution in Deutschland und Österreich-Ungarn vereitelten, als sie 1919 bei der Niederwerfung der proletarischen Revolutionen in Ungarn, Bayern und der Slowakei mitwirkten? Die Geschichte hat dazu schon ihr Wort gesprochen.

Niemand kommt auf die Idee, die Jahrestage dieser „Heldentaten“ der rechten Sozialdemokraten zu feiern. Der Jahrestag der Oktoberrevolution aber wird in der ganzen Welt begangen, denn er ist der Gedenktag einer überragenden Tat proletarischer Revolutionäre, eine eindrucksvolle Manifestation der Größe jener Menschen, die für den Sieg der Freiheit und des Sozialismus zu beliebigen Opfern bereit waren.

### IV

An diesen Sieg gerade in Rußland glaubten lange vor 1917 die größten Geister der revolutionären Arbeiterklasse. Sie stießen sich nicht daran, daß Rußland schwächer entwickelt als die vorgeschrittensten kapitalistischen Länder war, denn sie wußten mit Bestimmtheit: Für die Faktoren, die eine Revolution auslösen, die



ein Land zum Brennpunkt der revolutionären Bewegung, zum Ursprung revolutionärer Stürme machen, sind viele und keineswegs nur materiell-ökonomische Gründe bestimmend.

Das haben schon viele vergessen und manche gewiß vergessen wollen, aber diejenigen, die später zu den Feinden der Oktoberrevolution überliefen, versprachen sich um die Jahrhundertwende gerade von der russischen Revolution ziemlich viel. Ein Beispiel? Bitte sehr!

„Das neue Jahrhundert jedoch beginnt unter Erscheinungen, die den Gedanken nahe legen, daß wir einer weiteren Verschiebung des revolutionären Zentrums entgegengehen, und zwar einer Verschiebung nach Rußland hin... Das Aufflammen der russischen revolutionären Bewegung wird vielleicht das kraftvollste Mittel sein, jenen Geist des weichen Philistertums und kühlen Staatsmannstums zu bannen, der in unseren Reihen sich breit zu machen beginnt, und die Leidenschaften des Kampfes und der Begeisterung für unsere großen Ideale wieder hoch emporlodern zu lassen.“

Das schrieb Kautsky 1902, Kautsky, der sich nach der Oktoberrevolution gegen sie wandte, wofür ihn Lenin (mit vollem Recht) einen Renegaten nannte.

Wir wollen kein Rätselraten darüber anstellen, wann Kautsky ehrlich war, aber was er 15 Jahre vor der Oktoberrevolution schrieb, das entsprach im großen und ganzen der Einstellung aller damaligen Sozialdemokraten, natürlich außer denen, die schon damals Opportunisten waren.

Der eifrigste, konsequenteste Verfechter des revolutionären Standpunkts war gegen Ende des vorigen Jahrhunderts Engels. Er schrieb, schon als Nikolai II. den russischen Thron bestieg: „Und wenn der Teufel der Revolution einen beim Kragen hätte, so hat er Nikolai II.“

Engels war sich darüber klar, daß die Arbeiterbewegung in Rußland damals die ersten Schritte tat. Aber schon in den 70er und 80er Jahren beobachtete er immer aufmerksamer die Erfolge der russischen Arbeiterklasse. Ein russischer Revolutionär, der mit Engels zusammen war, schrieb in seinen Erinnerungen, dieser habe ihm gesagt, daß er „das Vorgehen der russischen Arbeiter begrüßt und überzeugt ist, daß sie beim Sturz des Absolutismus die entscheidende Rolle spielen werden“.

Allmählich brachte die Entwicklung in Europa Engels immer mehr zu der Gewißheit, daß wieder ein „großer Krieg“ ausbrechen könne. Engels versuchte, eine Antwort auf die Fragen, wie der Krieg vor sich gehen und enden wird, so zu finden, daß er die rein militärische Voraussage mit einer revolutionären Perspektive, mit einer Prognose für den eventuellen Verlauf des Klassenkampfes verband. Er gelangte dabei zu verblüffenden Schlußfolgerungen, und ein abergläubischer Mensch hätte sie Prophezeiungen nennen können. Es war aber einfach eine streng wissenschaftliche Prognose. Urteilen Sie selbst!

In einem Brief an den rumänischen Revolutionär Ion Nădejde vom 4. Januar 1888 schrieb Engels: „Ist erst einmal der Zarismus gestürzt, wird die unheilvolle, heute durch Bismarck repräsentierte Macht, der dann die Hauptstütze genommen ist, zusammenbrechen; Österreich wird zerfallen, da es seine einzige Daseinsberechtigung verliert, nämlich durch seine Existenz den Zarismus daran zu hindern, sich die verstreuten Nationen der Karpaten und des Balkans einzuverleiben; Polen wird neu erstehen; Kleinrußland kann frei seine politischen Verbindungen wählen; die Rumänen, die Magyaren, die Südslawen werden frei von jeder fremden Einmischung ihre Angelegenheiten und ihre Grenzfragen unter sich regeln können; schließlich wird die edle Nation der Großrussen nicht mehr sinnlosen Eroberungen zugunsten des Zarismus nachjagen, sondern ihre wahre zivilisatorische Bestimmung in Asien erfüllen und in Verbindung mit dem Westen ihre bedeutenden geistigen Fähigkeiten entwickeln, statt ihre Besten auf dem Schafott und in der Zwangsarbeit zu opfern.“ Am 23. Februar desselben Jahres schrieb Engels über die Revolution in Petersburg an Wilhelm Liebknecht, daß sie „den Herren Kriegführenden auf einmal alles in ganz anderem Licht erscheinen läßt“.

Liest man das, so denkt man gewiß an Lenins Ausspruch, daß wissenschaftliche Voraussage eine Tatsache ist.

Die russische Revolution, die Große Sozialistische Oktoberrevolution, wurde vor 60 Jahren zur Tatsache, genau am 25. Oktober (7. November) 1917. Seitdem begeht die Menschheit den Jahrestag dieses wichtigsten geschichtlichen Ereignisses des 20. Jahrhunderts als den **Geburtstag der neuen Welt**.

## Urho Kaleva KEKKONEN Präsident FINNLANDS

Dank der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die den Zarismus stürzte, konnte das frühere Agrarland schnell einer der höchstentwickeltesten Industriestaaten der



Welt werden. Die unstreitigen Leistungen der UdSSR in den letzten 60 Jahren auf verschiedenen Gebieten haben alle Zweifel an der Lebensfähigkeit des ersten sozialistischen Staates der Welt behoben. Der Einfluß der historischen Ereignisse von Oktober 1917 und des zielbewußten Aufbaus, den das Sowjetvolk vollbracht hat, erstreckt sich weit über die Grenzen der UdSSR hinaus. In Finnland z. B. weiß man sehr zu schätzen, was unser Nachbar dafür tut, daß die internationale Spannung nachläßt und ein fester Frieden geschaffen wird.

Für das Geschick Finnlands hatte die Oktoberrevolution große Tragweite: Sie gab uns die staatliche Unabhängigkeit. Das finnische Volk vergißt nicht, daß es die von Lenin geführte Sowjetregierung war, die die Selbständigkeit unseres Landes als erste anerkannte. Unser Volk weiß die wachsende Zusammenarbeit mit der UdSSR zu schätzen, die auf dem finnisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe beruht. Ich bin überzeugt, daß die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern die besten Aussichten haben.

## Shripad Amrit DANGE Vorsitzender des Nationalrates der Kommunistischen Partei Indiens

In der Geschichte der Menschheit findet sich kaum ein Ereignis, das bedeutender als die Große Sozialistische Oktoberrevolution wäre. Mit ihrem Sieg trat die Menschheit in eine neue Epoche, eine Epoche radikaler sozialer und politischer Wandlungen. Es entstand ein neues System von Beziehungen zwischen den



# BAHNBRECHER DES FORTSCHRITTS

Vor dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution haben wir einigen namhaften Staatsmännern, Politikern und anderen Persönlichkeiten des Auslands folgende Frage vorgelegt: „Wie beurteilen Sie die Rolle, die die UdSSR in der heutigen Welt spielt? Heute bringen wir die Antworten.

Völkern. Die Oktoberrevolution hat den jahrhundertealten Traum der Menschheit von einer Gesellschaft wahr gemacht, die von Ausbeutung und Unterdrückung frei ist. Die



Revolution hat bewiesen, daß das neue, den Interessen der Werktätigen entsprechende soziale System dank dem Willen und organisierten Kampf der Massen geschaffen werden kann.

Bei uns in Indien haben die Ideen der Oktoberrevolution, ebenso wie in den anderen Ländern, das Denken und Fühlen des Volkes, namentlich der Arbeiterklasse, aufs stärkste beeinflusst. Dieser Einfluß wirkte sich in verschiedenem Grade auf die Denkungsart und Ideologie vieler Führer der Freiheitsbewegung aus. Der Appell, den die Oktoberrevolution und Lenin persönlich an die geknechteten Völker richteten, gab dem Freiheitskampf einen neuen Impuls und Elan und führte zu einem beispiellosen Aufschwung der antiimperialistischen Bewegung in Indien, China und anderen Ländern.

Das indische Volk weiß sehr wohl, daß ihm das Sowjetvolk im nationalen Befreiungskampf viel geholfen hat. Ebenso ist allgemein bekannt, daß Indien nie eine solche Macht und ein solches wirtschaftliches Entwicklungsniveau zu erreichen imstande gewesen wäre, wenn uns die UdSSR nicht geholfen hätte, eine moderne wissenschaftliche, technische und industrielle Basis für unsere Wirtschaft zu schaffen. Wir sehen in der indisch-sowjetischen Freundschaft einen festen Bestandteil des Kampfes, den das indische Volk für

eine helle Zukunft führt. Deshalb ist der 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution auch ein Fest der indisch-sowjetischen Freundschaft.

## Halldan MAHLER Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation

Ein wichtiges Problem der Menschheit ist der Schutz der menschlichen Gesundheit und ein gemeinsames Bemühen aller Länder um die Ausmerzungen der noch immer existierenden gefährlichen Krankheiten.

Heutzutage sind in vielen Ländern radikale Veränderungen im Gesundheitswesen im Gange. An der Ta-



gesordnung ist eine wirkliche Garantie für das Recht eines jeden auf den Schutz und die Stärkung seiner Gesundheit. Auf diese Veränderungen wirken sich die Erfolge günstig aus, die im Gesundheitswesen der UdSSR erzielt worden sind, wo nach der Oktoberrevolution von 1917 das Recht jedes Menschen auf den Schutz seiner Gesundheit proklamiert wurde und der Staat erstmalig die Verantwortung dafür übernahm.

Die UdSSR, die der WHO seit ihrer Gründung angehört, steuert Konstruktives zu ihrem Wirken bei und fördert die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Wir sind überzeugt, daß die im September 1978 in Alma-Ata bevorstehende Weltkonferenz für erste medizinische und sanitäre Hilfe dem internationalen Gesundheitsschutz sehr förderlich sein wird.

Ich wünsche allen Völkern des Sowjetstaates zu dessen 60jährigem Bestehen weitere Fortschritte und ein weiteres Gedeihen.

## Armand HAMMER Präsident der Occidental Petroleum Corp. (USA)

Ich beobachte das Leben in der UdSSR seit ihrem Entstehen und bin der Meinung, daß sie die von ihrem Begründer, Lenin, gesteckten Ziele erreicht hat.



Die großartigen Leistungen im Lande selbst haben eine stabile Wirtschaftsbasis entstehen lassen, die seine Autorität bei den Dialogen über die Richtung, in der sich die Weltwirtschaft entwickeln soll, unablässig steigen läßt. Nach den harten Kämpfen im zweiten Weltkrieg sind das militärische und wissenschaftliche Potential Ihres Lands in Friedenszeiten derart gewachsen, daß es mit seiner Macht die USA eingeholt hat. Eine solche Macht zieht eine Verantwortung für die Handlungen nach sich, die den Frieden und ein höheres Lebensniveau aller Erdenbürger gewährleisten sollen.

Wir sehen ständig, daß sich die von Leonid Breschnew geführte Sowjetunion dieser Verantwortung bewußt ist und sich um die Erfüllung der schwierigen Aufgaben bemüht.

Ich bin schon lange davon überzeugt, daß die beiden größten Mächte im Handel eng zusammenarbeiten müssen, denn der Warenverkehr bietet noch eine Möglichkeit, das Vertrauen der Völker zueinander zu stärken. In dieser Hinsicht muß noch viel getan werden, wir haben aber schon einige wichtige Schritte unternommen, und ich sehe für die nächsten Jahre größere Erfolge voraus.

Am 60. Jahrestag der Oktoberrevolution, vor dem die großartige neue Verfassung angenommen wurde, sieht man deutlich, daß der Sowjetunion in der weltweiten Völkergemeinschaft die führende Rolle gehört und auch weiterhin gehören wird.



# GESCHICHTLICH VERBUNDEN

Edward BABIUCH

Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP

Die Geschichte hat den Streit über die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution endgültig entschieden. Damit, daß diese die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus einleitete, gab sie den Auftakt zu weltweiten Prozessen.

Der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland war auch für Polen eine Wende, denn er bot die wichtigsten Voraussetzungen für radikale Wandlungen in unserem nationalen und sozialen Geschick. Der Weg, den Volkspolen zurückgelegt hat, bestätigt, daß das polnische Volk die Kraft zu seinen historischen Leistungen aus den Ideen der Oktoberrevolution schöpfte. Das, was wir erzielt und geleistet haben, um unsere nationalen Bestrebungen zu verwirklichen und unsere sozialistische Entwicklung zu fördern, das, worauf wir heute stolz sind, war bedingt durch den Sieg der ersten sozialistischen Revolution der Welt.

Die Geschichte hat die Richtigkeit der Worte Lenins bestätigt, daß die Freiheit Polens ohne die Freiheit Rußlands unmöglich ist. Das denkwürdige Dekret der Sowjetmacht, das die Zarenverträge über die Teilung Polens aufhob, bahnte unserem Volk den Weg zur eigenstaatlichen Existenz. In den Flammen der Revolution stählte sich die auf eine große Vergangenheit zurückblickende Verbundenheit der polnischen mit der russischen Arbeiterbewegung. Zehntausende Polen kämpften in Rußland auf den Barrikaden der Revolution und an den Fronten des Bürgerkriegs, unter ihnen hervorragende Männer wie Feliks Dzierżyński, Julian Marchlewski, Feliks Kon, Konstantyn Rokossowski und Karol Świerczewski. An der Verteidigung der Revolution beteiligten sich polnische Truppenteile, darunter ein Warschauer revolutionäres Rotes Regiment, ferner Infanterieregimenter, eins aus Podlasie, das andere aus Lublin. Das polnische Proletariat solidarisierte sich mit den Arbeitern Europas unter der Losung „Hände weg von Rußland!“

Die Traditionen aus dem gemeinsamen Kampf des russischen und polnischen Proletariats bildeten die Grundlage des unerschütterlichen polnisch-sowjetischen Bündnisses, das sich in den für beide Völker schwersten Zeiten, im Krieg gegen

die Naziokkupanten, bewährte. Der Sowjetstaat trug entscheidend zur Niederwerfung des Faschismus bei. Die Sowjetarmee und das von seinen sowjetischen Brüdern bewaffnete und ausgerüstete Wojsko Polskie, das Schulter an Schulter mit ihr kämpfte, befreiten unser Land. Nie wird das polnische Volk die für Polens Freiheit gefallenen 600 000 Sowjetsoldaten vergessen.

In der Beisteuer der UdSSR und ihrer Streitkräfte zur Befreiung unseres Landes, in der moralischen und politischen Unterstützung der Bestrebungen der Kommunisten und aller anderen Patrioten Polens sowie in der brüderlichen Wirtschaftshilfe während der ersten schweren Zeit des Wiederaufbaus kam das Neue in den polnisch-sowjetischen Beziehungen zum Ausdruck und ergaben sich die Voraussetzungen für eine engere Freundschaft und Brüderlichkeit der beiden Staaten und Völker. In der Festsetzung des Sejm der VR Polen anlässlich des 30. Jahrestags der Befreiung unseres Landes sagte Leonid Breschnew, ein guter Freund des sozialistischen Polens: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und der Sowjetstaat haben immer aufrichtig gewünscht, daß Polen ein starker, unabhängiger, demokratischer Staat sein möge... Das Sowjetvolk ist stolz auf seine Freundschaft mit dem polnischen Volk.“

Uns einen gemeinsame Interessen und Ziele, das Streben nach einem steten Erstarken der sozialistischen Gemeinschaft, zu der Polen unwiderlich gehört.

Die PVAP, die den Staat und das Volk führt, schöpft in den Ideen der Großen Oktoberrevolution und in dem einzigartigen Erfahrungsschatz der KPdSU und der UdSSR Wissen für die Lösung ihrer aktuellen Probleme. Die gesamte Praxis unserer Partei bestätigt, ebenso wie die der anderen revolutionären marxistischen Parteien, die Richtigkeit der These Lenins, daß das, was in der revolutionären Arbeiterbewegung, im Kampf für den Sozialismus allgemein, international ist, mit dem verbunden werden muß, was national, was spezifisch ist. Wenn diese Einheit gewahrt wird, dann kommt man leichter vorwärts und werden Erfolge zu etwas Bleibendem.

Ein Beweis dafür ist die Entwick-

lung des Sowjetstaates und der anderen sozialistischen Länder, ist die Praxis beim sozialistischen Aufbau und die zügige Erfüllung der Beschlüsse des VI. und VII. PVAP-Parteitags in den 70er Jahren, der Beschlüsse, die für die Strategie beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Polen bestimmend waren.

Mit seinem unter der Volksmacht geschaffenen Wirtschaftspotential (der industriellen Bruttoproduktion) nimmt Polen den zehnten Platz in der Welt ein. In vielen Branchen haben wir vorgeschobene Stellungen bezogen. Das ist eine Frucht der schöpferischen Aktivität der arbeitenden Menschen, eine Frucht der moralischen und politischen Einheit des Volkes, das Herr in seinem Lande ist. Für die Entwicklung Volkspolens und die Konsolidierung seiner internationalen Positionen war und ist die Freundschaft mit der UdSSR ausschlaggebend. In den 32 Jahren seit Abschluß des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe sind dank der Lieferung von Ausrüstungen und dank der wissenschaftlichen und technischen Hilfe der UdSSR an die VR Polen über 300 Industriebetriebe gebaut bzw. modernisiert worden und liefern über 30% des industriellen Bruttoprodukts. Die von der Sowjetunion gelieferten kompletten Industrieobjekte bilden die Grundlage neuer Industriezweige Polens: des Maschinen- und Kraftwagen- und Flugzeugbaus sowie der Chemie.

Dank der UdSSR haben wir technisch und industriell einen derartigen Reifegrad erlangt, daß wir die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit weiter ausdehnen können. Polen liefert heute viele Industrieausrüstungen, Maschinen und Hochseeschiffe an die UdSSR. Jedes fünfte unter sowjetischer Flagge segelnde Schiff ist in Polen gebaut worden. Wir haben Maschinen und sonstige Ausrüstungen für fast 200 sowjetische Industrieobjekte geliefert. Etwa 44% unseres Maschinenexports sowie viele Massenbedarfsartikel kommen auf den Sowjetmarkt.

Als Beispiel für die neue, höhere Phase der wirtschaftlichen Zusammenarbeit kann das Hüttenkombinat Katowice dienen, ein Wahrzeichen des engen Zusammenwirkens und der brüderlichen Verbundenheit unserer Völker und Parteien.

Wir legen viel Gewicht auf die engen Wirtschaftsverbindungen mit der UdSSR, auf die wirtschaftliche

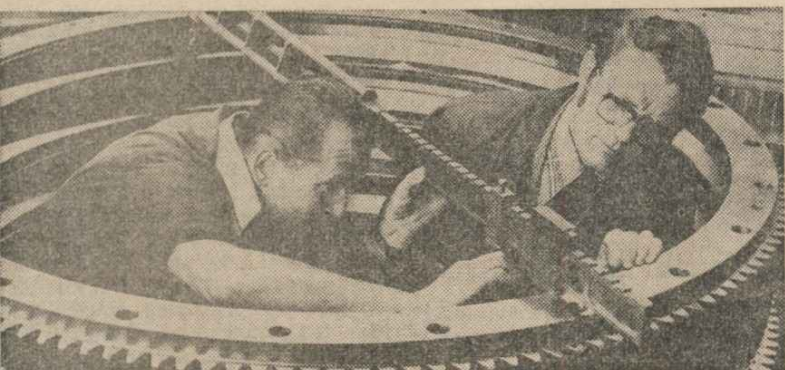


Integration unserer Länder. Sie ist äußerst wichtig nicht nur für das Vorwärtkommen Polens, sondern auch dafür, daß sich in der sozialistischen Gemeinschaft neue Wirtschaftsbeziehungen herausbilden.

Wie Edward Gierek, der Erste Sekretär des ZK der PVAP, erklärt hat, „werden wir auch weiterhin konsequent die Politik des Internationalismus und der Zusammenarbeit mit der UdSSR und allen ande-

Beziehungen, die auf neuen, gerechten Grundsätzen fußen.

Der Verlauf der Ereignisse bestätigt, daß der Sozialismus fähig ist, die heutigen Kardinalfragen im Einklang mit den Lebensinteressen der für Freiheit, Frieden und sozialen Fortschritt kämpfenden Völker zu bereinigen. Führend in diesem Kampf ist die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, für die die Erfahrungen des real



ren Ländern der sozialistischen Gemeinschaft betreiben, denn das ist die Voraussetzung für die Stärke und das Wohlergehen unserer Heimat, es liegt in unserem Lebensinteresse und dient dem Frieden“.

Historische Bedeutung dafür, daß diese internationalen Beziehungen profunder werden, hatte der Besuch Leonid Breschnews zur 30-Jahr-Feier Volkspolens und zum VII. Parteitag der PVAP bei uns und der Freundschaftsbesuch einer von Edward Gierek geführten Partei- und Staatsdelegation der VR Polen vom November 1976 in der UdSSR. Die Besuche gestalteten sich zu einer Manifestation der brüderlichen Verbundenheit unserer Völker, Parteien und Länder. Die Zusammenkünfte in Moskau und Warschau boten neue Möglichkeiten zum Ausbau der Zusammenarbeit.

In unseren Beziehungen kommt die Wahrheit zum Ausdruck, daß eine zügige Entwicklung des sozialistischen Polens im ureigenen Interesse der UdSSR und deren zügige Entwicklung im ureigenen Interesse unseres Landes liegt. Dank dem Bündnis mit der UdSSR konnte Polen viel zur Erhöhung der internationalen Sicherheit beitragen und zu größerem Ansehen gelangen. Dieses Bündnis ist aber nicht nur Polen und der UdSSR förderlich. Es ist ein wichtiges Element der Zusammenarbeit unter den sozialistischen Staaten, ein Muster zwischenstaatlicher

Das Hüttenkombinat „Stalowa Wola“, einer der 5000 polnischen Betriebe, deren Belegschaften am Wettbewerb zum Jubiläum der Großen Oktoberrevolution beteiligt sind. Foto CAF—TASS: Der Rationalisator Stanisław Kamiecki und Ingenieur Piotr Drzyki.

existierenden Sozialismus, auch die polnischen, nicht bloß geschichtlichen Wert haben. Die Aktionseinheit der PVAP und der KPdSU für die Erfüllung der Beschlüsse, die die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Berlin faßte (1976), ist heute ein wichtiger Faktor beim Verwirklichen der internationalistischen Grundsätze, beim Zusammenschluß der internationalen Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf mit den sozialistischen Ländern für die gemeinsamen Ziele.

Die Schaffung fester Grundlagen für den Frieden hängt eng mit der europäischen Sicherheit und mit dem Ausbau der Zusammenarbeit aller Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zusammen. Wir sind dafür, daß die Bestimmungen aus der Schlußakte der KSZE Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt werden, dieses Gremiums, dessen Zustandekommen ein Sieg des Realitätssinns und Verantwortungsbewußtseins über die Absichten war, die internationale Lage zu verschlechtern, das Wettrüsten zu forcieren und das Mißtrauen unter den verschiedenen sozialen Systemen angehörenden Staaten zu schüren. Ge-

meinsam mit der UdSSR und der übrigen sozialistischen Staatengemeinschaft wird die VR Polen konsequent den Weg der Entspannung gehen und auf größere internationale Sicherheit und Zusammenarbeit hinwirken. Wir werden entschlossen denen entgegenreten, die diesen Prozeß hemmen und das Wettrüsten forcieren.

Wissend, welchen Einfluß die Große Oktoberrevolution auf das Geschick Polens ausübte, begeht unser Volk den 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution als sein eigenes Fest. In einem Beschluß des Politbüros des ZK der PVAP vom Februar ist die Überzeugung ausgesprochen worden, „daß bei der 60-Jahr-Feier der Oktoberrevolution unser ganzes Volk seine Einstellung zu diesem epochalen Ereignis dadurch zum Ausdruck bringen wird, daß es seine innige Freundschaft mit dem großen Sowjetvolk an den Tag legt“.

Die polnische Arbeiterklasse, ja alle Werktätigen Polens gehen dem Ruhmestag mit neuen Arbeitstaten entgegen. In den Betrieben ist ein umfangreicher sozialistischer Wettbewerb im Gange. Die Belegschaften haben sich verpflichtet, Erzeugnisse über den Plan hinaus zu liefern. Es entstehen neue Brigaden der sozialistischen Arbeit. Im ganzen Land finden aus dem denkwürdigen Anlaß Vorträge, Referate und wissenschaftliche Tagungen statt, ebenso Ausstellungen, Schriftsteller- und Künstlerwettbewerbe und Treffen mit Teilnehmern der Revolution und Veteranen der Arbeiterbewegung.

Ein Schwerpunkt der Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution sind diejenigen zum 65. Jahrestag der Ankunft Lenins in Polen, von wo aus er die anwachsende revolutionäre Bewegung in Rußland leitete.

Starken Widerhall fand bei uns monatelang die in der UdSSR abgehaltene Volksdiskussion über den Verfassungsentwurf. Man kann sehr wohl sagen, daß die Annahme der neuen sowjetischen Verfassung auch für uns ein wichtiges Ereignis war.

Das polnische Volk geht den Weg, den vor 60 Jahren die Oktoberrevolution bahnte. Die Geschichte hat unsere Schicksalsgemeinschaft mit der Großen Oktoberrevolution unlösbar geknüpft. Damit, daß die polnischen Kommunisten die Ideen dieser Revolution verwirklichen, dienen sie ihrem Land und Volk, dienen sie dem Sozialismus.



# RICHTSCHRUR DER ENTSPANNUNG

Mißt man die Entfernung zwischen den beiden Hauptstädten Helsinki und Belgrad, so ergeben sich mehrere Tausend Kilometer. Spricht man dagegen von den beiden politischen Begriffen KSZE 1975 in Helsinki und Folgetreffen in Belgrad, so liegen dazwischen nur zwei Jahre. Eine der Bedeutung der Übereinkünfte nach kurze Frist.

„Wir gehen davon aus, daß alle auf der Konferenz vertretenen Länder die erzielten Vereinbarungen in die Tat umsetzen werden“, hatte Leonid Breschnew am 31. Juli 1975 in Helsinki gesagt. „Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie dies genau tun.“

Die Welt konnte sich in den vergangenen zwei Jahren mehrmals davon überzeugen, daß dieses Versprechen aus dem Willen des sowjetischen Volkes kam. Doch nicht umsonst heißt es, Wahrheit sei stets im Konkreten zu finden. Ebendieses Konkrete in der Realisierung der in Helsinki erzielten Vereinbarungen ist es, das den Lesern mit dem Buch „Von Helsinki bis Belgrad“ (Politisdat) vermittelt wird.

Die Herausgeber haben eine Methode gewählt, die schon selbst die ständige Befolgung der Schlußakte widerspiegelt. Der erste Abschnitt enthält Dokumente und Material, aus denen hervorgeht, wie die politischen Vereinbarungen von Helsinki, die historischen „Zehn Prinzipien“ eingehalten und welche Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten ergriffen wurden. Der zweite Abschnitt betrifft die Verwirklichung der ökonomischen Punkte der Schlußakte durch die Sowjetunion, der dritte die Realisierung der Vereinbarungen im kulturellen, humanitären und in anderen Bereichen. Alle drei Abschnitte verweisen auf das, was in den genannten Bereichen in der Sowjetunion getan worden ist. Eigentlich selbstverständlich, doch leider nicht für alle. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie sehr sich manche Politiker und Propagandamacher im Westen engagierten, um die Einhaltung der Schlußakte überall sonst, nur nicht in ihren eigenen Ländern zu „kontrollieren“.

Viele Buchbeiträge haben wir bereits gelesen. Doch wenn dieses Material zusammengefaßt vorliegt, gewinnt das Bild der Realisierung

## ОТ ХЕЛЬСИНКИ ДО БЕЛГРАДА

Советский Союз  
и осуществление  
Заключительного акта  
европейского  
совещания

Документы  
и материалы

der Schlußakte gewissermaßen eine neue Dimension, eine neue Tiefe.

Das Buch bringt Dokumente der sowjetischen Führungsorgane, Reden leitender Männer der KPdSU und des Sowjetstaates: Reden und Erklärungen Leonid Breschnews, Ansprachen und Artikel von J. Andropow, V. Grischin, A. Gromyko, A. Kirilenko, A. Kossygin, F. Kulakow, D. Kunajew, A. Pelše, G. Romanow, M. Suslow, D. Ustinow, W. Stscherbizki, G. Alijew, P. Demitschew, B. Ponomarjow, Sch. Raschidow, M. Solomenzew, I. Kapitonow, W. Dolgich, M. Simjanin, K. Tschernenko.

Sofort nach Beendigung der Konferenz von Helsinki beschlossen das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR das Dokument „Über die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Darin wurde die Arbeit der sowjetischen Delegation auf der Konferenz gebilligt und der persönliche Beitrag Leonid Breschnews hoch bewertet. In dem Dokument wurde die Aufmerksamkeit aller Partei- und Sowjetorganisationen, aller sowjetischen Menschen darauf gelenkt, „daß die Verankerung und Entwicklung der Entspannung auf dem europäischen Kontinent, der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Ländern und Völkern unermüdliche Anstrengungen zur weiteren Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, zur Entfaltung der ideologischen Arbeit voraussetzt,

um die sowjetischen Menschen im Geiste des kommunistischen Bewußtseins zu erziehen und ihre Aktivität im Kampf für den Kommunismus zu fördern“. Die These von der Notwendigkeit der Entspannung und der Maßnahmen zur Realisierung der Vereinbarungen von Helsinki ist auch in den Beschlüssen des XXV. Parteitags der KPdSU enthalten.

Welcher Staat der westlichen Welt hat derartige Dokumente beschlossen? Gibt es ein Land im Westen, dessen Regierungspartei, Parlament und Regierung die Verwirklichung der Empfehlungen von Helsinki zum bewußten Ziel ihrer Tätigkeit gemacht hätten?

In den im Buch enthaltenen Stellungnahmen der sowjetischen Staatsmänner wird sowohl die historische Bedeutung von Helsinki als auch die praktische Zielsetzung der Tätigkeit der KPdSU und des Sowjetstaates prinzipiell eingeschätzt. Die Bedeutung dieser Tätigkeit definierte Leonid Breschnew in seiner Ansprache vor dem Plenum des ZK der KPdSU am 25. Oktober 1976:

„Insgesamt zerfällt die Arbeit zur Verwirklichung jener Übereinkünfte, die in Helsinki erzielt wurden, gegenwärtig in Dutzende und sogar in Hunderte praktische Dinge. Sie sind vielleicht nicht immer bemerkbar, bilden aber eine Partei- und Staatsaufgabe von außerordentlicher Wichtigkeit.“

Als in der „Finlandia-Halle“ die KSZE beendet war, wußten alle ihre Teilnehmer: Hier wurde erst ein Anfang gemacht. Wie aber wird die Schlußakte praktisch umgesetzt? Bereits zu jener Zeit wollten nicht wenige „gute Ratgeber“ die europäischen Länder dazu bringen, sich mit der Erfüllung nur gewisser Punkte zu beschäftigen und die anderen liegen zu lassen. Insbesondere äußerten sich viele westliche Kommentatoren wegwerfend über den sogenannten Ersten Korb, in dem es um die politischen Prinzipien in den zwischenstaatlichen Beziehungen geht.

Die Sowjetunion hat ein Beispiel für ein ganzheitliches Herangehen an die Vereinbarungen gegeben. Diese Methode zeigte ihre Früchte.

Nehmen wir z. B. den Ersten Korb. Die Sowjetunion hat konsequent die berühmten „zehn Prinzipien“ zur Entwicklung bilateraler Beziehungen zu den Partnern angewendet. Die Buchherausgeber benutzten eine interessante Art der Zusammenstellung, indem sie diplo-



matische Dokumente, die in den zwei Jahren von der Sowjetunion und anderen Staaten gemeinsam beschlossen wurden, zusammenfaßten. Dazu gehören Abkommen, gemeinsame Erklärungen, Protokolle und Kommunikationen.

An ihnen erkennen wir deutlich, wie die Unterzeichnerstaaten die „zehn Prinzipien“ praktisch anwenden. Diese wichtige Methode fand in konzentrierter Form in der gemeinsamen sowjetisch-französischen Erklärung über die Minderung der internationalen Spannung ihren Ausdruck. Als vordringlichste Aufgabe zur Festigung der Entspannung bezeichnen in diesem Dokument beide Seiten „die konkrete Verwirklichung der in Helsinki feierlich unterzeichneten Schlußakte und die aktive Unterstützung der in dieser Richtung unternommenen Anstrengungen“.

Unter den Staaten, mit denen die UdSSR gemeinsame Dokumente unterzeichnete, sind sozialistische und kapitalistische, kleine und große, NATO-Länder und neutrale sowie blockfreie Länder. Doch ungeachtet aller Unterschiede sprechen sie die in Helsinki gefundene Sprache. Das ist ein nicht geringes Verdienst der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Ländergemeinschaft, die ständig dafür eintreten, Geist und Buchstaben der Vereinbarungen von Helsinki strikt zu befolgen. Das Buch enthält verschiedene Dokumente aus der sozialistischen Diplomatie, darunter über gemeinsame Initiativen der sozialistischen Gemeinschaft, die dem Entspannungsprozeß zugute kommen. Denn, wie A. Kossygin in einer Rede sagte, „so bedeutend er auch immer sei, das Leben schreitet voran und stellt uns neue Forderungen“.

Die sowjetische Außenpolitik wird unter komplizierten Bedingungen betrieben. So sagte Michail Suslow auf dem IX. Parteitag der SED am 20. Mai 1976: „Wir alle wissen, wie kompliziert sich der internationale Entspannungsprozeß entwickelt, einen wie hartnäckigen Widerstand ihm die Kräfte der Reaktion und des Militarismus entgegensetzen...“ Jedoch ist die Sowjetunion bei allen komplizierten Wendungen der internationalen Politik den Ideen von Helsinki treu geblieben.

Nach Belgrad kam die UdSSR nicht mit leeren Händen, nicht mit zweifelhaften Propagandatrophäen, sondern mit einer eindrucksvollen positiven Bilanz. Darüber berichten in dem Buch kompetente Persönlich-

keiten des sowjetischen Außenhandels, der Wissenschaft, des Verlagswesens, des Rundfunks und Fernsehens, der Hochschule, des Films, der Kultur, des Nachrichtenwesens, des Buchaustauschs und des Tourismus. Die Bilanz gab dem Verfasser eines in dem Buch veröffentlichten Artikels das gute Recht, einigen unserer westlichen Opponenten die Frage zu stellen, wer denn bei wem in der Schuld stünde?

Die Frage ist mehr als berechtigt, besonders, wenn man berücksichtigt, daß kurz vor Belgrad die neue Verfassung der UdSSR alle zehn Prinzipien von Helsinki auf verfassungsmäßige Ebene des sowjetischen Staates erhoben hat. Vielleicht könnte uns einer der in antisowjetischen Kommentaren ausgefuchsten Verfasser die Frage beantworten, wer von unseren westlichen Partnern diesem Beispiel folgen wolle? Das Material des Buches läßt sich als eine wahre Enzyklopädie der internationalen Zusammenarbeit bezeichnen. Zweifellos werden sich alle, denen die Entspannung am Herzen liegt, mehrfach dem Buch zuwenden. Doch sind die Dokumente nicht nur Bilanz. Sie zielen in die Zukunft und dienen u. a. als Richtschnur für das Belgrader Treffen. Schließlich haben die Begegnungen der letzten Wochen gezeigt, daß es seine Aufgaben nur lösen kann, wenn seine Teilnehmer dem Gedanken der Integrität der Schlußakte treu bleiben und ein konstruktives und schöpferisches Gespräch führen. Wenn dagegen versucht wird, Belgrad in eine Art „Beschwerdebüro“ zu verwandeln, dann geraten die Diskussionen in die Sackgasse. „... die Wahrheit ist keine Geldmünze, die vom vielen Gebrauch abnutzt“. Diese Worte Leonid Breschnews drücken die objektive Notwendigkeit aus, unermüdlich das in der Schlußakte enthaltene Gedankengut zu propagieren. Das Buch „Von Helsinki bis Belgrad“ zeigt, wie ersprießlich die Befolgung dieses Gedankenguts sein kann. Die Sowjetunion wird auch weiterhin ihren Beitrag zur Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit leisten; man braucht da nur an die dieser Tage von Leonid Breschnew aufgestellte Aktionsplattform in Europa zur Festigung der militärischen Entspannung zu denken.

Sie erschien bereits nach dem Buch, könnte aber völlig zu Recht dort aufgenommen werden.

L. BESYMENSKI

## NZ STREIFLICHTER

### UNGARN

Eine Bilanz des Arbeitswettbewerbs im Csepel-Kombinat zum Jubiläum der Oktoberrevolution wurde gezogen. Zu Ehren des 60. Jahrestages des Großen Oktober hatte das Kollektiv des berühmten Roten Csepel im Januar 1977 die Verpflichtung übernommen, die von der Sowjetunion bestellten Exportgüter vorfristig an die UdSSR zu liefern. Diese Initiative wurde von Leonid Breschnew begrüßt und unterstützt. Ihre Verpflichtung erfüllten die Werktätigen des Csepel erfolgreich zum 25. Oktober. Wie es in einem Brief an Leonid Breschnew heißt, hat der Wettbewerb zur weiteren Steigerung der Produktion und zur Senkung der Selbstkosten beigetragen.

Die Initiative der Csepel-Belegschaft wurde in ganz Ungarn und in den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft aufgegriffen. „Der Jubiläumswettbewerb hat erneut den hohen Bewußtseinsstand des ungarischen Volkes, seine nationale Einheit, den sozialistischen Patriotismus und den proletarischen Internationalismus zum Ausdruck gebracht und zur Hebung des internationalen Ansehens Ungarns beigetragen“, hieß es in einer Grußbotschaft Kádárs an das Kollektiv des Kombinats.

### ANGOLA

Die Volksrepublik Angola hat endgültig und unwiderruflich den sozialistischen Entwicklungsweg gewählt, erklärte der Vorsitzende der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), der Präsident der Republik, Agostinho Neto, auf einer Großkundgebung. Allein der Sozialismus, sagte er, gewährleistet Frieden und Fortschritt, schafft die notwendigen Voraussetzungen für ein glückliches Leben der Völker und schließt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aus.

Für erfolgreiche Schritte auf dem von uns erwählten sozialistischen Entwicklungsweg, betonte Neto, ist eine tatkräftige Organisation erforderlich, die den Entwicklungsprozeß der Gesellschaft leiten kann. Eine solche Organisation kann nur die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse sein. Gegenwärtig bereitet man sich in Angola aktiv auf den I. Kongreß der MPLA vor, der sich mit der Bildung einer solchen Partei befassen soll.



## DIENSTREISE NACH KABUL

Von unserem Sonderberichterstatter  
Alexander IGNATOW

„Dobryj wetscher“, war das erste, was ich im Hotel von Kabul hörte. Auf meinem Spazierweg schreit ein Junge, der bis spät in die Nacht Gemüse verkauft: „Choroschyje ogurzy“ (prächtige Gurken). „Kuda jedem?“ fragt der Fahrer des schwarzweißen Wolga, eines Wagens, der hier wegen seiner leichten Wartung geschätzt ist. „Kak poshywajete?“ (Wie geht es Ihnen?) begrüßt mich der Redakteur einer überregionalen Zeitung.

Mit vielen Afghanern kann man einige Worte auf Russisch wechseln, mit manchen sogar eine ernsthafte Unterhaltung führen, wenn sie an der Fachschule für Kraftfahrzeugtechnik in Kabul oder der Bergbau-fachschule Mazar-i-Sharif oder an der Polytechnischen Hochschule Kabul studiert haben, wo sowjetische Fachleute unterrichten; wenn sie ihre Hochschulbildung in der Sowjetunion erhielten — dazu zählen etwa 1000 Personen — oder dort ihren Doktor verteidigten; schließlich, wenn sie ganz einfach gearbeitet haben und dabei mit unseren Diplomaten, Ingenieuren, Geologen, Technikern und Kaufleuten zusammenkamen.

Ich dürfte wohl recht haben, wenn ich sage, daß in kaum einem anderen nichtsozialistischen Land Russisch so oft zu hören ist wie hier. Aber den Freunden von Sensationen der bürgerlichen Presse ins Stammbuch, die nun gleich freudig ausrufen (wie sie das schon früher häufig taten): Da haben wir den Arm Moskaus, die russische Infiltration! Nein, Afghanistan hat seine knapp 60jährige Entwicklung innenpolitisch wie außenpolitisch unabhängig zurückgelegt. Bis 1973 herrschte hier die Monarchie. Die 18-Millionen-Bevölkerung steht auch heute, in der Republik, unter starkem Einfluß des Islam und hält die jahrhundertalten Traditionen und religiösen Bräuche streng ein.

Die klare Haltung der Nichteinmischung in die Angelegenheiten Afghanistans wurde von Moskau gleich bei Aufnahme zwischenstaatlicher Kontakte fixiert. Im Juni 1921 schrieb der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der RSFSR seinem Geschäftsträger in Kabul:

„Wir sagen der afghanischen Regierung: Wir haben eine Gesellschaftsordnung, Sie haben eine andere; wir haben die einen Ideale, Sie haben andere; uns verbindet jedoch das gemeinsame Streben nach völliger Selbständigkeit, nach Unabhängigkeit und Eigeninitiative unserer Völker. Wir mischen uns nicht in Ihre inneren Angelegenheiten ein, wir drängen nicht in die Eigeninitiative Ihres Volkes; wir fördern alles, was eine fortschrittliche Rolle für die Entwicklung Ihres Volkes spielt.“

In diesem Dokument, das unter unmittelbarer Teilnahme Lenins entstand, ist das grundlegende Prinzip festgelegt, auf dem der Sowjetstaat seine Beziehungen zu den Entwicklungsländern aufbaute, das Prinzip der friedlichen Koexistenz, unabhängig vom Regime. Seither können die Beziehungen zwischen Moskau und Kabul in vieler Hinsicht als Vorbild dienen.

Drei große Straßen durch drei Schluchten und drei Täler führen aus Kabul westwärts in den benachbarten Iran; südostwärts nach Pakistan und Indien; nordwärts nach Amudarja und in die Sowjetunion. Die vierte Straße endet unweit der Hauptstadt im Hindukusch. Wir fahren auf ihr zu dem hübschen Flecken Paghman hinauf, der an den Ausläufern des mächtigen, von fern violett schimmernden Gebirges liegt. Es ist ein beliebter Kurort. Wir schreiben Ende Oktober, und in Moskau nieselt es. Der trockene afghanische Herbst aber erfreut mit seiner Farbenpracht, mit blühenden Rosen, mit dem angenehm kühlen Schatten der Weiden, der hoch aufgeschossenen Pappeln und der buschigen Tannen. Ein Park geht in den anderen über, fällt terrassenförmig entlang dem Bergfluß ab, der nach Kabul hinunterschießt.

Zwischen den Bäumen liegen vereinzelte Paläste verborgen. In einem von ihnen wurde 1926 der sowjetisch-afghanische Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag unterzeichnet, das wichtigste Dokument nach dem bereits 1921 geschlossenen Freundschaftsvertrag.

Schon aus der bereits erwähnten

Instruktion wird klar, weshalb Moskau diese Dokumente unterzeichnete. Warum aber Kabul? Als „einzigen Grund unseres allerhöchsten Wunsches nach Regelung der Beziehungen zwischen meiner königlichen Regierung und der Regierung der Russischen Sowjetrepublik“, nannte der König Afghanistans in einem Schreiben an Lenin kurz vor dem Freundschaftspakt die Tatsache, „daß die Regierung der Russischen Sowjetrepublik ihre wohlwollenden Pläne und Gefühle auf den Sturz des Imperialismus in der ganzen Welt und insbesondere auf die Befreiung der Völker des Orients vom Despotismus und von den Weltimperialisten und auf die Bestärkung jenes Punktes ausgerichtet hat, daß jedes Volk sein staatliches Schicksal selbst bestimmt“. Das ist eindeutig.

Durch Paghman führen mich Moskauer. Einer von ihnen ist hier überhaupt wie zu Hause: Vor anderthalb Jahren kam mit dem Fluß eine Schlammlawine. Unter den Fachleuten, die die Folgen beseitigten und eine neue Wand entlang dem Flußlauf mauerten, gehörte auch er, Juri Rosinski. Doch auch der Architekt Igor Pokrowski kennt diesen Ort gut, denn von ihm stammt der Entwurf für einen Palast, der sich über dem Park erheben wird und wo die Feierlichkeiten und Empfänge der Republik stattfinden sollen. Die Form des Gebäudes ist sichtlich unter dem Einfluß der hiesigen Natur entstanden. Es erinnert an eine aufblühende Rose.

Die Hauptaufgabe der kleinen Gruppe sowjetischer Architekten, Bauarbeiter und Ingenieure besteht darin, den Generalplan für die Rekonstruktion Kabuls zu realisieren. Hier haben wir etwas Kennzeichnendes: Der Anblick der Hauptstadt ist eine Prestigefrage, die man nicht jedem anvertraut. Die sowjetischen Experten arbeiten an dieser Aufgabe bereits drei Jahre und sehr erfolgreich, erzählt mir der Bürgermeister Kabuls Nurzad, der ihren Aufenthalt in Kabul gerne verlängert wissen möchte.

Der Generalplan sieht vor, im östlichen Teil von Kabul einen Kultur- und Sportkomplex anzulegen, darunter um das schon vorhandene Stadion und das Ausstellungszentrum herum. Innerhalb der drei letzten Oktoberwochen wurde dort eine sowjetische Handels- und Industrieausstellung gezeigt, die täglich 6000—7000 Besucher sah. In den Gästebüchern fand ich folgende Eintragung:

„Wir Studenten der Fachschule für Kraftfahrzeugtechnik Kabul haben die Ausstellung gesehen, sie hat uns sehr gefallen, danke.“ „Wir haben uns ein weiteres Mal davon über-



zeugt, daß zwischen unseren Ländern gutnachbarliche Beziehungen bestehen.“ „Ihre Ausstellung ist sehr schlecht“ (einziges negatives Echo von 500.) „Ich bin stolz darauf, daß Afghanistan einen Freund wie die UdSSR hat.“ „Ich möchte nach Rußland fahren.“ Unterschrift: „N. Rahmani, Schüler“. „Alle diese Leistungen werden im Jubiläumsjahr der Oktoberrevolution gezeigt. Wir gratulieren Ihnen und unterstützen die afghanisch-sowjetische Freundschaft, den Frieden, den Fortschritt, die Demokratie und die friedliche Koexistenz.“

„Die Sowjetunion und Afghanistan sind nicht nur gute Nachbarn, sondern außerdem beinahe auch noch Altersgefährten... Und wir in der Sowjetunion messen der bemerkenswerten Tatsache hohen Wert bei, daß unsere Staaten seit ihrem Entstehen in Frieden, in guter Nachbarschaft, in guter Freundschaft leben“, hatte Leonid Breschnew gesagt. Der jetzige afghanische Staatsoberhaupt Mohammed Daoud äußerte: „Afghanistan wird niemals vergessen, daß das erste Land, das die von Afghanistan errungene Freiheit und Unabhängigkeit begrüßte, die UdSSR war.“

Tatsächlich hatten die sowjetischen Behörden bereits in ihrer ersten Botschaft an die Afghanen geschrieben, daß sie alle Verträge „bezüglich der Aufteilung des türkischen, persischen und afghanischen Ländereien annullieren. Moskau und Kabul leisteten einander im Kampf gegen die britischen Imperialisten Hilfe. Die Führer Afghanistans entwaffneten die Banden der Basmatichen und der Weißgardisten, die dort Unterschlupf suchten. Schließlich stand unser südlicher Nachbar dem hungernden Wolgabereich mit Lebensmittelsendungen bei. Fast 60 Jahre sind inzwischen vergangen, doch auch heute noch zitiert man in Afghanistan gern eine Bemerkung Lenins, die nicht an Bedeutung eingebüßt hat: „Zwischen Afghanistan und Rußland gibt es keine Fragen, die Differenzen auflösen oder auch nur einen Schatten auf die russisch-afghanische Freundschaft werfen können.“

Diese Freundschaft äußert sich sehr vielfältig. Die Sowjetunion und Afghanistan arbeiten bei der Bodenerschließung, bei der Entwicklung der Chemie-, Gas- und Erdölindustrie, der Landwirtschaft, des Energie- und des Nachrichtenwesens zusammen. Unter den Sehenswürdigkeiten des Landes, die von den Reisebüros angepriesen werden, finden

sich Straße und Tunnel über den Hochgebirgspass Salan, die mit Unterstützung sowjetischer Fachleute und mit Hilfe unserer Technik gebaut wurden. Die Errichtung dieser Chaussee gab den Anstoß zum Ausbau des sowjetisch-afghanischen Handels. Der Handelsvertreter der Sowjetunion in Kabul J. Bulach sagte mir, der Handel nehme rasch zu. Die Sowjetunion ist der größte Export- und Importpartner Afghanistans. „Wir unterhalten enge und freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR“, sagte seinerseits der Vorstand des afghanischen Staatskonzerns, der sich mit Ein- und Ausfuhr verschiedener Güter beschäftigt. „Die Handelskontakte basieren auf einem vorteilhaften Austausch. Daß wir Nachbarn sind, erleichtert den Transport und beschleunigt die Lieferung. Das Clearing ist eine für beide Seiten günstige Form.“

Einer der bekanntesten afghanischen Maler, Herr Kohzad, ist kürzlich von einer UdSSR-Reise zurückgekehrt, wo er gemeinsam mit Kollegen im Museum für orientalische Kunst ausstellte. Es kamen so viele Besucher, daß die ursprünglich vorgesehene Fortsetzung der Ausstellung in Leningrad und Taschkent verschoben werden mußte.

Kohzad hat sich eingehend in Moskauer Museen umgeschaut und ist von Lewitan begeistert. Nach der Unterhaltung sahen wir uns die Arbeiten seiner Schüler an und fanden darunter die Kopie einer Landschaft Lewitans. Nebenbei, in der Bildhauerklass, entdeckte ich zwischen den Plastiken afghanischer Soldaten, Buddha-Figuren und Kopien altgriechischer Büsten, die man häufig in Afghanistan findet, ein Wandrelief mit dem ausgezeichnet ausgeführten Profil Wladimir Iljitsch Lenins.

Als ich mit der Aeroflot-Maschine heimfliege, sitzen um mich herum Dutzende sowjetische Fachleute, eine Delegation von Veterinärmedizinern und ein Vertreter von „Traktorexport“. Auch Afghanen fliegen nach Moskau zu Verhandlungen oder zum Studium. Die Dienstreise nach Moskau ist für sie ebenso alltäglich wie für einen sowjetischen Bürger eine Mission in Kabul.

# NZ

## STREIFLICHTER

### ■ SPANIEN

Zu den wichtigsten innenpolitischen Ereignissen zählen Beobachter die Unterzeichnung zweier Abkommen zwischen der Regierung und den Parteien, einschließlich der KP, am 25. und 28. Oktober im Moncloa-Palais. Das erste, der „Moncloa-Pakt“, soll zur Gesundung der spanischen Wirtschaft beitragen, die gegenwärtig eine schwere Krise durchmacht. Er sieht vor, Gelder für soziale Zwecke, zum Abbau der Arbeitslosigkeit und für gewisse Lohnerhöhungen bereitzustellen.

Das zweite Abkommen, der „Politische Pakt“, enthält eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung der politischen Lage im Lande. Hierzu gehören Gesetzesvorlagen, die die Tätigkeit der Massenmedien regeln und eine parlamentarische Kontrolle über sie einführen, neue Bestimmungen für Versammlungen und Demonstrationen sowie die Bildung politischer Vereinigungen. Ferner soll das franquistische Strafbuch abgeschwächt werden.

### ■ AFRIKA

Ende Oktober fand in Algerien die erste arabisch-afrikanische Gewerkschaftskonferenz statt. An ihr nahmen die Vertreter von fast 50 Gewerkschaftsverbänden teil.

In den Schlußdokumenten, u. a. in der Deklaration der Konferenz, wird die Notwendigkeit betont, die Solidarität der Werktätigen zu festigen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Rolle der Arbeiterklasse als der entscheidenden Kraft der Volksmassen im Kampf für tiefreichende soziale und ökonomische Umgestaltungen in Afrika und in der arabischen Welt, insbesondere für eine vollständige Befreiung von allen Formen der Unterdrückung. Das Aktionsprogramm sieht vor, engere Kontakte zwischen den Gewerkschaftsorganisationen Afrikas und der arabischen Länder herzustellen, Informationen und Arbeitererfahrungen auszutauschen, sowie gegenseitige Hilfe bei der Berufsausbildung zu leisten.

Die Konferenz widmete der internationalen Lage große Aufmerksamkeit. Sie rief die Werktätigen auf, den Kampf gegen die israelische Aggression, für die Beseitigung der Überreste des Kolonialismus und Rassismus im südlichen Afrika zu verstärken.



## ZUVERLÄSSIGE PARTNERSCHAFT

Der offizielle Besuch des indischen Premiers Morarji Desai in der Sowjetunion vom 21. bis zum 26. Oktober gehört auf die Aktivseite der sowjetisch-indischen Freundschaft. Das ist um so bedeutender, als nach dem politischen Führungswechsel in Delhi genügend düstere Stimmen der imperialistischen Propaganda zu hören waren, die eine Abkühlung in den Beziehungen prophezeiten. Im gleichen Ton äußerten sich einige indische Presseorgane, die die Interessen der eng mit den feudalen Kreisen und den multinationalen Gesellschaften liierten indischen Reaktion vertreten. Die Gegner der sowjetisch-indischen Freundschaft dürften nun wohl ihre Zunge im Zaume halten müssen.

Die Besuchsergebnisse bedeuten einen neuen Erfolg der Ideen der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen und beweisen die Vitalität der Prinzipien der sowjetisch-indischen Freundschaft sowie ihre feste objektive Basis. Das geht deutlich aus der Sowjetisch-Indischen Erklärung hervor, die die Unterschriften von Leonid Breschnew und Morarji Desai trägt.

In der Erklärung zeichnen sich neue Möglichkeiten für eine ersprießliche und vielseitige Zusammenarbeit ab. Sie enthält das Einverständnis beider Länder, im kommenden Jahr ein langfristiges Programm für die beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit bei der Entwicklung wichtiger indischer Wirtschaftszweige und des Handelsaustauschs auszuarbeiten. Vorgesehen ist die Bildung einer Expertengruppe zum Studium und zur Festlegung von Perspektiven der Zusammenarbeit in der Eisen- und NE-Metallurgie, in der Petrol- und Kohleindustrie, in der Landwirtschaft, der Bewässerung, aber auch in der Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung von Drittländern.

Doch der eigentliche Wert der Erklärung besteht nicht nur darin.

Der hervorragende Denker und Politiker Indiens Mahatma Gandhi hat gesagt, die ganze Welt gleiche dem menschlichen Körper und eine Krankheit in einem Teil breite sich auf andere aus.

Solche Übel wie militärische Konflikte, Wetrüsten, Rassenfeindschaft quälen die Welt noch immer. Deshalb ist es natürlich, daß der Erörterung der internationalen Lage während der Verhandlungen viel Platz eingeräumt wurde. Bei den Gesprächen wurde eine weitgehende Übereinstimmung der Standpunkte beider Seiten zu Fragen des aktiven Kampfes für Frieden und internationale Sicherheit, für die Beseitigung von Spannungsherden und die Abwendung der Kriegsgefahr festgestellt. Die Seiten bekräftigten ihre Achtung vor dem legitimen Recht der Völker auf unabhängige Entwicklung. Besondere Aufmerksamkeit galt der Lage in Europa, in Nahost, im Süden Afrikas und in Asien.

Bezüglich der Lage in Südasien begrüßten beide Seiten den Erfolg, der bei der Lösung der Probleme und der Beseitigung von Differenzen durch zweiseitige Verhandlungen zwischen den Ländern dieser Region erzielt wurde.

Die Ergebnisse des sowjetisch-indischen Gipfaldialogs beweisen erneut, daß die traditionelle Freundschaft zwischen den beiden Ländern den Interessen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dient.

V. SIDENKO

## DIE ZEIT ARBEITET DAGEGEN

Die von Malcolm Fraser geführte australische Regierung hat beschlossen, die Wahlen ins Repräsentantenhaus am 10. Dezember dieses Jahres abzuhalten, d. h. mehr als ein Jahr vor Ablauf der Frist. Gleichzeitig werden vorfristige Wahlen in den Senat stattfinden, der alle drei Jahre zur Hälfte erneuert wird.

Die Festlegung des Wahltermins war geheimnisumwittert. Erklärt wird das heute damit, daß der Premier sich von taktischen Erwägungen habe leiten lassen. Er habe die wichtigste Oppositionspartei im Parlament, die Labours, überumpeln wollen.

Am 27. Oktober versicherte Fraser im Parlament jedoch, sein Beschluß über die vorfristigen Wahlen sei einzig und allein von Wählerinteressen diktiert. Um auch weiterhin meine Wirtschafts-

politik verwirklichen zu können, die bereits merkliche positive Resultate gebracht hat, braucht das Land eine Atmosphäre der Sicherheit und Stabilität, erklärte Fraser.

Positive Ergebnisse... Ist hier das Geheimnis der vorfristigen Wahlen zu suchen? Seit die Koalitionsregierung aus Liberalen und Agrariern 1975 die Geschäfte übernahm, haben die jährlichen Inflationszuwachsrate noch nie dagewesene 14% erreicht. Allein in den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Beschäftigungslosen um 36% gestiegen und betrug 5,4% aller Arbeitskräfte oder 337 000 Personen, 66 000 mehr als im August des Vorjahres. Der ausländische Kapitalanteil an der extraktiven Industrie — einer der führenden Wirtschaftszweige Australiens — stieg auf 65%. In der gleichen Zeit erreichten die Staatsschulden zum erstenmal 2,6 Md. Dollar.

Um die wirtschaftliche Situation wenigstens etwas aufzubessern, hob die Koalitionsregierung das von der Labourregierung ausgesprochene Verbot des Uranexports auf. Die ökonomische Dividende dieser Politik des konservativen Kabinetts ist zweifelhaft. Politische dagegen springt gar nicht heraus. In den letzten Monaten kam es zu zahlreichen Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen die Uranabfuhr. Die Australier wollen nicht die Mitschuld an der weiteren Verbreitung von Kernwaffen in der Welt tragen.

Die Tatsachen zeigen also, daß die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung nichts Positives einbrachte. Was also ist nun wirklich der Anlaß für die vorfristigen Wahlen?

Gerade die Wirtschaftskalamitäten. Für den Januar 1978 wird die Rekordzahl von 400 000 Arbeitslosen erwartet. Der reale Hintergrund für das Wahlmanöver lautet infolgedessen: Besser heute als morgen, ehe sich die Situation verschlechtert.

Es ist schwer, den Gewinner der Wahlen vorauszusagen. Meinungsumfragen weisen auf einen drastischen Populartätsschwund der Regierungsparteien bei den Wählern hin. Jedoch verfügen die Konservativen über einen eingespielten Propagandaapparat sowie über unbegrenzte Finanzhilfe nicht nur des nationalen, sondern auch des ausländischen Großkapitals, das in der australischen Wirtschaft den Ton angibt.

B. TSCHECHONIN



## KULTURTRÄGER AUS WIESBADEN

Obwohl die Ausstellung erst am 30. Oktober eröffnet wurde, hatte sie Herrn Kanther keine Ruhe gelassen. Bereits Anfang August äußerte er sich dazu:

Manfred Kanther, hessischer CDU-Landtagsabgeordneter und OB-Kandidat für Wiesbaden, meinte, für seinen individuellen Kreuzzug gegen die Ausstellung genüge schon deren Titel: „60 Jahre sowjetische Malerei“. (Die Exponate waren vorher mit großem Erfolg in Paris gezeigt worden.)

Man kann nicht mit Sicherheit behaupten, daß Herr Kanther sich an dem Herrn des Dritten Reiches orientierte, der bei dem Wort „Kultur“ nach dem Revolver griff. Aber daß er sich mit irgendwelchen Kunstwerken nur aus Schußweite, beschäftigt hat, daran besteht kein Zweifel.

Trotzdem tat er sich mit seinem eigenen „Kulturprogramm“ nicht schwer, das folgendes impliziert: Erstens besteht die sowjetische Malerei angeblich nur aus Darstellungen von „Bäuerinnen, Stahlwerkern und Rotarmisten mit gläubigen Augen“ und könne deshalb nicht zur Kunst gezählt werden. Zweitens müßten Gegenmaßnahmen getroffen werden, um die Bundesbürger vor dem gefährlichen Einfluß solcher „Antikunst“ zu bewahren.

Und hier nun hatte Kanther eine Idee: Man solle die sowjetische Ausstellung durch erklärendes Material „bereichern“ und sie sogar mit einer

Ausstellung von Bildern aus der Hitlerzeit zusammenlegen, unter dem Titel: „Gleichgeschaltete Kunst gestern und heute“!

Ehre, wem Ehre gebührt: Die Kunstfreunde Wiesbadens hatten die Provokation rasch erkannt. Der Wiesbadener Kurier äußerte: „Hoffentlich hat man es hier nicht mit einem exemplarischen Fall für eine Kulturpolitik zu tun, die sich der Devise des Provinzialismus verschreibt.“

Die nun eröffnete Ausstellung steht unter Patronat des UdSSR-Botschafters in der Bundesrepublik Falin und des hessischen Kultusministers Krollmann. Bis zum 30. Dezember werden die Wiesbadener und ihre Gäste sich mit 111 Bildern bekannt machen können, die zwischen 1917 und 1977 entstanden. Wie die Besucherzahlen der ersten Tage gezeigt haben, wird man intensiv von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Man hätte die Demarche des „Kulturträgers“ Kanther unerwähnt lassen können, wenn von Gleichgesinnten nicht immer wieder nach „freiem Kulturaustausch“ gerufen würde. Die Episode in Wiesbaden zeigt, daß diese Leute nicht am Austausch echter Kulturwerte interessiert sind, sondern an einem „Austausch“, aus dem sich provokatorisches Kapital schlagen läßt.

**K. KARAGESIAN**  
Eigenbericht

Bonn, am 31. Oktober



Es war ein richtiges Gemetzel, bei dem geschossen wurde, ohne zu zielen. Auf Unbewaffnete und Wehrlose, auf Frauen und Kinder. Vier junge Afrikaner mußten in Johannesburgs Vorstadt Soweto ihr Leben lassen: drei Jungen und ein 15-jähriges Mädchen, die zu Ehren Steve Bikos demonstrierten, der im südafrikanischen Kerker zu Tode gemartert wurde.

Das Rassistenregime will die Afrikaner in die Knie zwingen. Doch schauen Sie dem Mann auf dem Foto ins Gesicht, der seinem verwundeten Freund beispringt: Hier finden Sie nicht Furcht, nicht Verzweiflung, nur Schmerz, Trauer und Entschlossenheit, den begonnenen Kampf fortzusetzen.

## „WEISSES GROSSBRITANNIEN“ UND „ROTE LEHRER“

„Großbritannien muß weiß bleiben!“ Dieser Aufruf erklang unlängst aus dem Bulletin **Bulldog** für die Schüler des Londoner East End. Hier handelt es sich um die erste Aktion der im Oktober gegründeten rassistischen Young National Front. Das in Hunderten Exemplaren erschienene Bulletin appelliert an die jungen Leser, wo immer nur möglich — und in erster Linie in den Schulen — den Geist des Rassismus zu verbreiten.

In letzter Zeit sind die verschied-

denen rassistischen und neofaschistischen Gruppen sehr viel aktiver geworden, vor allem die Nationale Front, eine Partei mit etwa 20 000 Mitgliedern. Die enge Beziehung zwischen der neuen Jugendorganisation und der Nationalen Front läßt sich in ihren Programmklärungen verfolgen. „Unsere Zeit wird kommen, und wenn das geschieht, werden die Schwarzen nach Hause in ihre eigenen Länder gehen“, erklären die Führer der neofaschistischen Partei. Derartige Fanfaren-

stöße erklingen auch im **Bulldog**.

Er soll nach Wunsch seiner Gründer monatlich erscheinen und die Schüler veranlassen, die Nationale Front im Kampf für ein „Weißes Großbritannien“ und gegen „rote Lehrer“ zu unterstützen. Die Vertreter der Young National Front wollen East End zu ihrem Hauptquartier machen, weil gerade hier die meisten Schulen konzentriert sind, in denen weiße und farbige Kinder gemeinsam unterrichtet werden.

So hat im Land der klassischen Demokratie nun auch eine rassistische Bulldoge ihren Platz gefunden.

**G. SIDOROWA**



# WELTWEIT UNVERLETZLICHE GRENZEN!

Wladimir KRAWZOW

In den Beziehungen zwischen den Staaten gibt es Verhaltensnormen, deren Verletzung als unzulässig gilt. Zu diesen Normen gehört zweifelsohne die Respektierung der Grenzen eines anderen Staates, seiner territorialen Integrität. Hier werden die empfindsamsten Interessen jedes Landes, jedes Volkes berührt. Es gibt viele Beispiele dafür, welche Leidenschaften um Grenzstreitigkeiten tobten, welch blutige Konflikte diese auslösten. Auch heute führen mancherorts Gebietsstreitigkeiten zu verstärkten Spannungen und bisweilen auch zu bewaffneten Zusammenstößen.

Natürlich wurde die Bedeutung des Problems auch früher nicht unterschätzt. Bei der Suche nach einem „ewigen Frieden“ zwischen den Staaten sahen die progressivsten Geister deutlich auch die besondere Gefahr von Kriegen zur Revision der Landkarte. Doch hat man sie etwa in einer Gesellschaft beseitigen können, die auf Ausbeutung basiert und die ihrem Wesen nach expansionistisch und aggressiv ist? Eine Gesellschaft, die einer Rechtfertigung der zahlreichen Kolonialkriege, der Annexion fremder Gebiete und der Versklavung anderer Völker bedurfte.

Die wohl höchste Rechnung, die dem Imperialismus präsentiert werden kann, ist die Verantwortung für die Entfesselung zweier verlustreichster Weltkriege in nur einem Vierteljahrhundert. Und in beiden Fällen hat das Streben nach einer Neuaufteilung der Welt, nach einer Revision der Grenzen eine verhängnisvolle Rolle gespielt.

Der imperialistischen Politik des Raubes und der Annexion entsprach auch das Völkerrechtsbewußtsein in bezug auf die Staatsgrenzen und die

Notwendigkeit ihrer Respektierung. Erinnern wir uns nur an die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. In der Satzung des Völkerbundes unseligen Andenkens wurde das Prinzip der gegenseitigen Gewährleistung der territorialen Integrität zwar verkündet, doch selbst de jure war es von Vorbehalten begleitet, die ihm praktisch jede Bedeutung nahmen.

Niemand wird wohl behaupten, den Ansprüchen Hitlers und seinesgleichen auf „Lebensraum“ auf Kosten anderer Länder hätte durch eindeutige Formulierungen in der Völkerbundssatzung ein Riegel vorgeschoben werden können. Die Motive, von denen sich die Anhänger des Diktats von München leiten ließen, wenn sie ein Land nach dem anderen an Nazideutschland preisgaben, waren natürlich von einer zutiefst klassenbedingten Kalkulation bestimmt. Trotzdem bleibt es eine Tatsache, daß die Verschwommenheit der Völkerrechtsbegriffe in der Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen dazu beitrug, daß sie Anschlägen ausgesetzt waren. Letzten Endes führte all das zu einer entsetzlichen Tragödie.

Die Lage änderte sich mit dem Aufkommen des Sozialismus. Das neue Kräfteverhältnis in der Welt war der Hintergrund und das treibende Moment der einschneidenden Veränderungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Auch die Frage der Staatsgrenzen — in der politischen Praxis wie im Völkerrecht — stellte sich jetzt ganz anders.

Angefangen damit, daß diese Frage in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Bruderländern auf prinzipiell anderer Ebene gelöst wird. Die marxistisch-leninistischen Parteien gehen davon aus, daß die

ationale Frage, also auch das Problem der Staatsgrenzen, der Hauptaufgabe — der sozialen Befreiung der Werktätigen — untergeordnet ist.

Wie einige Gebietsfragen zwischen sozialistischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg geregelt und die Grenzen zwischen ihnen zu Grenzen des Friedens und der Frundschaft wurden, zeigt deutlich, daß der Sozialismus selbst die kompliziertesten Fragen, die vom Kapitalismus ererbt sind, im Interesse der Werktätigen löst.

Gerade die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder kämpften auf vielen internationalen Foren konsequent dafür, daß einseitige oder gegenseitige Gebietsansprüche nicht zu Konflikten führen und friedlich, im Rahmen der friedlichen Koexistenz gelöst werden. Eine Forderung dieses Kampfes ist, daß die Bestimmungen zur territorialen Integrität der Staaten und zur Unverletzlichkeit ihrer Grenzen auch völkerrechtlich präzise definiert werden, damit es keinerlei Schlupflöcher für Versuche gibt, die Grenzen zu revidieren, um so weniger für revanchistische Umtriebe. Die Erfahrungen der Weltkriege müssen uns allen doch eine Lehre gewesen sein!

Eine wichtige Etappe bei der Fixierung des Prinzips der territorialen Integrität im Völkerrecht wurde die Annahme der UNO-Charta — auf dem Höhepunkt des Kampfes der Antihitlerkoalition und des Sieges im zweiten Weltkrieg. Bekanntlich wurde sie unter aktiver Teilnahme der sowjetischen Delegation erarbeitet, die vom damaligen UdSSR-Botschafter in Washington, Andrej Gromyko, geleitet wurde. In dieses Dokument, das zur universalsten Charta der internationalen Beziehungen werden sollte, konnte eine Reihe progressiver, demokratischer Normen und Prinzipien einbezogen werden.

So heißt es in Artikel 2 der UNO-Charta: „Alle Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen enthalten sich in ihren internationalen



Beziehungen der Gewaltandrohung oder -anwendung gegen die territoriale Unverletzlichkeit (vom Autor hervorgehoben) oder die politische Unabhängigkeit eines beliebigen Staates, oder auch einer anderen Handlungsweise, die nicht mit den Zielen der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen ist."

Der Begriff „Unverletzlichkeit der Grenzen“, der in der UNO-Charta gebraucht wurde, erhielt dann recht weite Verbreitung und wurde in einige internationale Dokumente regionalen Charakters aufgenommen, insbesondere in die Satzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom April 1948\*.

Die Sowjetunion bestand beharrlich darauf, daß die Grenzfragen mit den Nachbarländern friedlich gelöst wurden. Einige dieser Differenzen zogen sich über Jahrhunderte hin. Der finnische Präsident Urho Kekkonen sagte einmal: „Viele Jahrhunderte hindurch führten Grenzstreitigkeiten zwischen Finnland und Rußland zu Kriegen, die — ganz gleich, wie die Grenze jedesmal verschoben wurde — stets beiden Völkern große Leiden brachten und Haß und Mißtrauen zwischen ihnen schürten... Diese Periode der Kriege ist jetzt ein für allemal vorbei. Die Grenze zwischen Finnland und der Sowjetunion ist zu einer Friedensgrenze geworden.“

Auch mit den südlichen Nachbarländern der UdSSR wurden einige Grenzfragen im Geiste der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Verständnisses gelöst. Auch China und anderen Ländern gegenüber hält sich die UdSSR stets an das Prinzip der territorialen Integrität.

\* „Das Territorium eines Staates ist unantastbar, darf nicht Objekt militärischer Okkupation oder anderer Gewaltakte sein, die direkt oder indirekt von anderen Staaten unternommen wurden, ungeachtet des Motivs oder dessen, daß diese Maßnahmen zeitweiligen Charakter tragen. Territoriale Erwerbungen oder andere besondere Vorteile, die durch Gewalt oder durch Anwendung eines anderen Zwangsmittels erlangt wurden, werden nicht anerkannt“ (Art. 17).

Das wurde auch vom XXV. Parteitag der KPdSU nachdrücklich bestätigt.

Über die europäischen Grenzen sollte besonders gesprochen werden. Im Kampf für die europäische Sicherheit haben die sozialistischen Staaten sie aus durchaus verständlichen Gründen in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. In der Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, die im Juli 1966 in Bukarest auf einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsländer angenommen wurde, hieß es: „Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist die Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Europa.“ Anders kann es auch nicht sein auf einem Kontinent, der wohl mehr als alle anderen unter Kriegen um die Revision der Grenzen gelitten hat. Nicht wenige Anstrengungen waren erforderlich, damit das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen völkerrechtlich anerkannt wurde.

Der Abschluß des Moskauer Vertrages zwischen der Sowjetunion und der BRD im August 1970 war der entscheidende Durchbruch in dieser Richtung. Der Vertrag wurde mit einem Staat unterzeichnet, der seit seiner Gründung die Nachkriegsgrenzen im Osten Europas nicht anerkannte, Gebietsansprüche an die sozialistischen Länder stellte und das Bestehen der DDR-Grenzen an sich verneinte. Auf den Moskauer Vertrag folgten die Verträge Polens, der DDR und der CSSR mit der BRD, in denen das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen eindeutig verankert wurde.

Doch das waren nur bilaterale, wenn auch überaus wichtige Verträge. Die Bemühungen der sozialistischen Staaten waren nun darauf gerichtet, dem Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen wahrhaft universale Bedeutung für ganz Europa und Nordamerika zu geben. Das geschah durch die Unterzeichnung der Schlußakte der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz am 1. August 1975. Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen wurde in diesem hervorragenden völkerrechtlichen Dokument als selbständiges Prinzip verankert, das einen

würdigen Platz unter den zehn Prinzipien für die Beziehungen der Teilnehmerstaaten einnimmt. Zudem lassen die Formulierungen keine Fehlinterpretation zu: „Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig: alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in der Zukunft keinen Anschlag auf diese Grenzen verüben.“

Dementsprechend werden sie sich auch jeglicher Forderung oder Handlung enthalten, sich eines Teiles oder des gesamten Territoriums irgendeines Teilnehmerstaates zu bemächtigen.“

Natürlich basieren die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen wie die territorialen und politischen Ergebnisse des zweiten Weltkriegs insgesamt vor allem auf so bedeutenden Faktoren wie dem sozialen und politischen Kräfteverhältnis in Europa, der gewachsenen Macht der sozialistischen Gemeinschaft und ihrer zielgerichteten Friedenspolitik. Doch das schmälert keineswegs die Bedeutung völkerrechtlicher Vernaltensnormen der Staaten. Und seit dem Abschluß der gesamteuropäischen Konferenz ist das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen fest und wohl für alle Zeiten verankert. Es zu übertreten, ja selbst die bestehenden Grenzen in Frage zu stellen, ist jetzt viel komplizierter geworden.

Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen wurde unter anderen Prinzipien, auf die sich die Beziehungen der UdSSR zu den anderen Staaten gründen, in die neue Verfassung der Sowjetunion aufgenommen, also legislativ verankert. Wenn auch andere Staaten — in der Form, in der sie es für möglich halten — dem Beispiel der Sowjetunion folgen würden, wäre das nur ein Gewinn für den Frieden.

Jetzt ist allgemein anerkannt, daß die Entspannung in Europa größere Fortschritte gemacht hat als auf den anderen Kontinenten. Nach dem erfolgreichen Abschluß der KSZE-Konferenz ist die Lage hier ruhiger geworden, und die Beziehungen zwischen den Staaten Ost- und Westeuropas sind ausgeglichener und freundschaftlicher. Ist es doch gerade im Ergebnis des merklich besseren politischen Klimas in Europa möglich, weiterzugehen — die politische Entspannung mit militärischen Maßnahmen zu festigen. In seiner kürzlichen Rede hat Leonid Breschnew diesbezüglich eine breite Aktionsplattform vorgelegt. Die neue und



überaus wichtige Initiative der Sowjetunion fand, schon den ersten Stimmen nach zu urteilen, ein großes positives Echo innerhalb und außerhalb Europas.

Die Verbesserung der Atmosphäre in Europa hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß allgemeines Verständnis und Einvernehmen zwischen fast allen europäischen Staaten sowie den USA und Kanada erreicht wurde: Im Frieden miteinander zu leben, bedeutet zu lernen, die bestehenden Grenzen zu respektieren. Und entspricht denn nicht einem höheren Stand der internationalen Entspannung auch ein höheres Niveau der Vereinbarungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung? Unter allen diesen Gesichtspunkten können die Erfahrungen Europas in anderen Erdteilen genutzt werden. Zumindest stehen sie allen offen.

Wichtig ist, daß in Europa wie in anderen Erdteilen die Prinzipien der territorialen Integrität der Staaten, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen nicht nur verkündet, sondern auch respektiert werden müssen.

Natürlich gibt es verschiedene Konflikte. Wenn die Völker für die Befreiung vom Kolonialjoch kämpfen und die Kolonialherren ihre „Ordnung“ mit Waffengewalt ver-

ewigen wollen, haben die Völker das Recht, bis zum endgültigen Sieg für ihre Unabhängigkeit, für die territoriale Integrität ihrer Heimat zu kämpfen. Natürlich haben z. B. die Araber das Recht, für die Liquidierung der Aggressionsfolgen, für die Rückgabe ihrer besetzten Gebiete zu kämpfen.

Doch was ist mit den Grenzen der Staaten, die sich aus kolonialer Abhängigkeit befreit haben? Hat doch der Kolonialismus vielen von ihnen Grenzen hinterlassen, die willkürlich, nicht selten mit der Absicht gezogen wurden, Zwietracht zwischen den Völkern zu säen. Sind solche Grenzen unverletzlich? Veränderungen der Grenzen mit Waffengewalt haben noch nie zu etwas Gutem geführt. Der Krieg als Mittel zur Lösung territorialer Streitfragen ist den Völkern immer teuer zu stehen gekommen. Und nach jedem solchen Krieg wurde der Streit meist noch erbitterter.

Die Absurdität einer solchen Lage wird überall in der Welt anerkannt. Nicht von ungefähr nahm das erste Gipfeltreffen der Länder der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) im Juli 1964 die Sonderresolution „Die Grenzstreitigkeiten zwischen den afrikanischen Staaten“ an. Dort hieß es: „Das Gipfeltreffen ... erklärt feierlich, daß sich alle Mit-

gliedsländer verpflichten, die Grenzen zu respektieren, die bei der Errichtung der nationalen Unabhängigkeit bestanden.“

Die Einhaltung dieser Vereinbarung, die auch in der OAU-Satzung enthalten ist, wäre eine gute Gewähr für die Festigung des Friedens auf dem Kontinent. Unter den heutigen Umständen ist das eigentlich die einzig mögliche Haltung, wenn man den Frieden bewahren und die Entstehung von Konflikten verhindern will, die nur im Interesse der Kolonialherren und Rassisten liegen. Doch die Position der Sowjetunion beschränkt sich in dieser dialektisch komplizierten Frage mit ihren spezifischen Besonderheiten und Nuancen nicht nur darauf.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, betonte in einer Rede bei einem Essen zu Ehren eines Führers der afrikanischen Befreiungsbewegung Agostinho Neto, daß je mehr das gegenseitige Vertrauen und die Freundschaft zwischen den Völkern der jungen Staaten zunehmen, desto eher die zwischen ihnen bestehenden diesbezüglichen Probleme in gegenseitigem Einvernehmen auf gutnachbarlicher Grundlage gelöst werden können. „Doch heute ist es, wie wir meinen das Wichtigste, im Interesse des Friedens, der Sicherheit und des Fortschritts der Völker überall das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen zu beachten.“

Dieses Prinzip muß universal werden. Das ist die Richtung des politischen Denkens der Weltgemeinschaft in allen Nachkriegsjahren, als das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen von Dokument zu Dokument immer präziser formuliert wurde und immer breitere Anerkennung fand. In Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika kann seine strikte Einhaltung nicht wenige Konflikte verhindern, Mißtrauen und Haß beseitigen und zu einer Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten beitragen.

Im Entwurf eines weltumspannenden Gewaltverzichtsvertrages, den die Sowjetunion der UNO vorgelegt hat, ist in Artikel 1 vorgesehen: Gewalt oder Gewaltandrohung dürfen nicht gegen die Unverletzlichkeit der Grenzen gerichtet werden. So zeigt die sowjetische Außenpolitik erneut ihr tiefes Interesse an einer Festigung der Grundlagen des Weltfriedens.

## BIOGRAPHISCHES



**Abdul Cader Sahul Hameed**

Geboren am 10. April 1927 in einer mohammedanischen Familie. Be-

## AUSSENMINISTER DER REPUBLIK SRI LANKA IST ABDUL CADER SAHUL HAMEED

suchte ceylonische Kollegen. War journalistisch tätig, in den 40er Jahren arbeitete für die englische Zeitung **Sunday Observer**. Beteiligte sich aktiv an der Bildung des Studentenverbandes in der Stadt Mafale und wurde zu dessen Präsidenten gewählt. Wirkte bei der Gründung von Aufklärungszentren für die mohammedanische Bevölkerung und in einer Reihe islamischer gesellschaftlicher Organisationen mit.

1956 trat er der Vereinigten Nationalpartei (UNP) bei und steht seitdem aktiv im politischen Leben. 1960, 1965 und

1970 wurde er in das Parlament Sri Lankas gewählt. War Richter in Kandy. In den Jahren 1965—1970 nahm er wiederholt als Mitglied der Delegation Sri Lankas an der UNO-Vollversammlung teil.

Bei den Wahlen vom 21. Juli 1977 wurde er in die Nationale Staatsversammlung gewählt und am 23. Juli zum Außenminister in der von der UNP gebildeten Regierung ernannt. A. C. S. Hameed tritt für eine weifere Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Sri Lanka und der UdSSR ein.



# NAMIBIA IST ENTSCLOSSEN

Auf den Aufruf der UNO hin fand vom 28. Oktober bis 3. November eine Solidaritätswoche für das Volk von Namibia statt. UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim betonte auf einer Tagung des UNO-Rates für Namibia, daß die UNO-Beschlüsse zur Beendigung der unrechtmäßigen Besetzung Namibias durch das RSA-Rassistenregime und zur Gewährung der Unabhängigkeit an sein Volk unverzüglich erfüllt werden müssen. Bereits an die dreißigste steht Namibia unter der Macht der südafrikanischen Rassisten. Die 1958 gegründete Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) leitet den heutigen Kampf des namibischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit. Kürzlich weilte SWAPO-Präsident Sam NUYOMA in Moskau. Er gab dem IZ-Korrespondenten S. Petuchow ein Interview.

Dokumente Ihrer Organisation, u. a. die Ergebnisse des kürzlichen Plenums des ZK der SWAPO, haben gezeigt, daß der Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Namibias in seine entscheidende Phase getreten ist. Sagen Sie bitte etwas hierzu.

Die Partisanentrupps der SWAPO haben wirklich in den letzten Jahren bedeutende militärische Erfolge erringt. Erfolgreich verlaufen Operationen gegen die RSA-Truppen in den nordwestlichen, nördlichen und östlichen Landesteilen. Jetzt tragen wir die Kampfhandlungen in zentralen und südlichen Regionen. Nicht weniger wichtig ist auch, daß sich die Streikbewegung in ganz Namibia verstärkt und daß Demonstrationen von Studenten und Schülern gegen das schändliche Apartheidsystem und die Bantuanisierungspolitik stattfinden.

Wir meinen also, daß die Tage der Rassistenherrschaft gezählt sind und unsere Heimat in nächster Zeit befreit werden kann.

Wie beurteilen Sie die Rolle der internationalen Solidaritätsbewegung für den Kampf des namibischen Volkes?

Unsere Erfolge werden vor allem durch den Mut und die Standhaftigkeit der patriotischen Kräfte bestimmt. Doch wir sind uns bewußt, welche große Bedeutung die materielle Hilfe und die moralisch-politische Unterstützung der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, für unsere Bewegung haben. Wir erkennen, daß diese Unterstützung nicht zufällig ist. Sie widerspiegelt die edlen Prinzipien der internationalistischen Solidarität mit den unterdrückten Völkern, die der vor 60 Jahren entstandene Sowjetstaat verkündet hat. Diese Prinzipien wurden in der neuen Verfassung der UdSSR verankert, und ebendeshalb begehen wir den Jahrestag der Großen Sozial-

istischen Oktoberrevolution gemeinsam mit dem Sowjetvolk.

Sagen Sie bitte etwas über die sozialen Maßnahmen der SWAPO in den befreiten Gebieten.

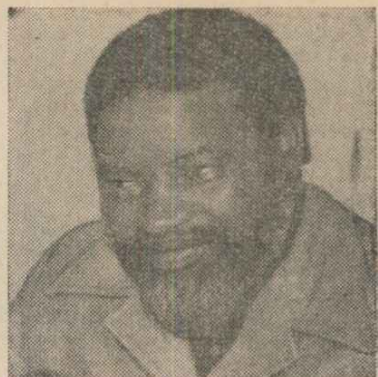
Erstens organisieren wir dort mobile Schulen. Bei einem unerwarteten Angriff südafrikanischer Soldaten oder der RSA-Luftwaffe werden sie in benachbarte Ortschaften evakuiert. Desgleichen richten wir mobile Krankenhäuser ein. Trotz aller Schwierigkeiten tun sie viel Nützliches zur medizinischen Betreuung der Bevölkerung. Natürlich leistet die SWAPO in den befreiten Gebieten eine große Erziehungsarbeit und unternimmt vieles, um das Volk politisch zu mobilisieren.

Unsere Kampfoperationen und die sozialen Maßnahmen in den befreiten Gebieten bringen die Rassisten auf. Die RSA-Truppen lassen eine Repressalienwelle nach der anderen über unser Volk hinweggehen. Drohungen, Verhaftungen, Prozesse, Folterungen und Hinrichtungen gehören im heutigen Namibia zum Alltag. In unserer Heimat gelten repressive Gesetze wie das Gesetz über das Verbot kommunistischer Betätigung. Das Gesetz über die Unterdrückung „terroristischer Tätigkeit“ und alle Regeln des Kriegsrechtes, u. a. auch die Todesstrafe.

Nach den rassistischen Gesetzen können die südafrikanischen Soldaten und Polizisten jeden, selbst den Unschuldigen, ermorden — es reicht der Verdacht auf sogenannte terroristische Tätigkeit.

Es gereicht den Patrioten Namibias zur Ehre, daß die Verstärkung des Rassistenterrors wirkungslos bleibt. Keine Repressalien werden uns in die Knie zwingen.

Was meinen Sie zu den Ergebnissen der kürzlichen Namibia-Verhandlungen der Ver-



treter von fünf westlichen Ländern mit Vorster?

Die USA, Großbritannien, die BRD, Frankreich und Kanada haben in letzter Zeit Aktivitäten unternommen, um, wie sie behaupten, das Namibiaproblem friedlich zu regeln. Sie beteuern zwar, die nationale Befreiungsbewegung unseres Volkes zu unterstützen, doch in Wirklichkeit helfen sie weiterhin, vor allem wirtschaftlich und militärisch, dem Rassistenregime in Pretoria. Ihre Billigung hat auch der Plan, in Namibia eine Marionettenkonföderation aus 11 „selbständigen“ Bantustans zu bilden. Das würde den RSA-Rassisten ermöglichen, Namibia weiterhin zu kontrollieren, und den ausländischen Monopolen, die Reichtümer unseres Volkes auch weiter auszuplündern.

Zu unserer Haltung sagen die Gegner so manches. Unter anderem behaupten sie, wir seien gegen eine friedliche Lösung des Problems. Das ist eine Lüge. Wir sind nicht gegen eine friedliche Lösung der Namibiafrage. Doch damit dieser Weg real wird, müssen mindestens drei Bedingungen erfüllt werden:

— Die RSA-Regierung muß offiziell erklären, daß sie die territoriale Integrität unseres Landes respektiert, einschließlich des Raumes Walvis Bay. Die RSA will ihn zusammen mit dem wichtigen Seehafen annektieren;

— sie muß den sofortigen Abzug der Truppen aus Namibia bekanntgeben;

— sie muß das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung und darauf, unsere inneren Probleme selbst zu lösen, anerkennen.

Wenn diese drei Bedingungen unserer Organisation nicht akzeptiert werden, bleibt uns nichts anderes, als den Kampf mit allen verfügbaren Mitteln bis zum vollständigen und endgültigen Sieg fortzuführen.





## MIT LIEBE ZUR HEIMAT

Die Fotografie als Kunst unserer Zeit hat sich in der Presse aber auch in Ausstellungssälen einen festen Platz und guten Ruf erworben. Sie hält vieles fest: die menschliche Ar-

beit, die Heimat und die Liebe zu ihr, den Wunsch nach Frieden, Freud und Leid des Menschen, seinen Kampf für das Recht, gegen den Krieg, gegen Rassisten — überhaupt

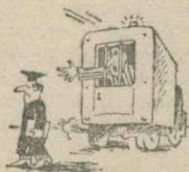
alles, was die Welt von heute ausmacht und bewegt. Das und mehr zeigt eine Internationale Ausstellung von Dokumentar- und Kunstfotos zu der über 4000 Berufs- und Amateurfotografen aus 46 Ländern ihre Arbeiten einsandten.

Die Ausstellung ist im Moskauer Haus der Freundschaft zu sehen und trägt das Motto: „Für Frieden und Völkerfreundschaft, für Humanismus und sozialen Fortschritt“. Organisiert wurde sie vom Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, von der Fotosektion des Verbands und seinen Zeitschriften „Moscow News“ und „Kultur und Leben“. Neben vielen Beiträgen sowjetischer Fotografen findet sich auch ein spezieller Raum für die „UdSSR im Objektiv unserer Gäste“.

Eine Jury aus bekannten sowjetischen Bildkünstlern und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen wird die Bilanz dieser Ausstellung ziehen, die anlässlich des 60. Jahrestags der Oktoberrevolution veranstaltet wird.

# PS

### Unrechtsvollzug



Zwei Mitarbeiter der Universität Birmingham kamen nach einer eingehenden Untersuchung der britischen Gerichtspraxis zu dem Schluß, daß die Rechtsanwälte sich keine zu große Mühe machen, sich selten gründlich mit dem Fall befassen und häu-

fig ihren Klienten einfach raten, die Schuld einzugestehen, wobei sie ihnen für den Weigerungsfall ein strengeres Urteil ankündigen. Auch einige Richter geben solche Drohungen von sich. 121 Fälle wurden untersucht, und nur bei den Verhören von sechs Untersuchungshäftlingen war, wie das Gesetz es verlangt, ein Rechtsanwalt zugegen. In 49 Prozessen spielten Aussagen und Geständnisse, die nicht von den Angeklagten selbst stammten, eine wichtige Rolle. 25 Verhaftete wurden auf Polizeiwachen verprügelt, wo, wie die Untersuchung zeigte, „eigene Gesetze“ herrschen.

### Bullen auf Stellungssuche

In der Stuttgarter Zeitung erschien kürzlich folgende Anzeige: „Polizeibeamte überstundengewohnt, unterbezahlt und ohne Aufstiegschancen suchen verantwortungsvolle Dauerstellung in der freien Wirtschaft (auch Personenschutz) im Großraum Stuttgart.“

### Gehupft wie gesprungen



Schon geraume Zeit wird eine Reklamekampagne für angeblich nicht gesundheitsschädigende Zigaretten mit Tabakersatz geführt. Dem Verbraucher soll eingeredet werden, es sei end-

lich gelungen, eine Ursache der hohen Sterblichkeit durch Herz-Kreislaufkrankheiten sowie Krebs zu beseitigen. Doch die neuen Zigaretten sind keineswegs so harmlos. Fachleute meinen, der Tabakersatz mache erstens nur 25% der Zigarettenfüllung aus und sei zweitens krebsfördernd. Die britische Wochenzeitung **Observer** schrieb hierzu, daß das Rauchen der neuen Zigaretten Sorte das gleiche sei wie aus dem 35. statt aus dem 38. Stock zu springen. Die Wirkung unterscheidet sich nicht.

### Zur moralischen Aufrüstung

Ein Ausschuß aus drei Generalen, der im Auftrag des Pentagon die West-Point-Militärakademie unter die Lupe nahm, kam zu dem Schluß, daß es um den Kampfgeist dort schlecht bestellt ist. 152 Hörer wurden wegen Prü-



# DISKUSSION MIT DEM LESER

Sie kritisieren einige Entwicklungsländer wegen ihrer Politik der „offenen Türen“. Aber die UdSSR betreibt doch gegenüber den Westmächten und großen kapitalistischen Firmen eine ebensolche Politik. Wo bleibt da die Logik!

Hasan Abu al-FADL  
Damaskus, Syrien



Es diskutiert  
der Kommentator  
unserer  
Zeitschrift  
Andrej STEPANOW

In einem haben Sie zum Teil recht, werter Hasan. Für geschäftliche Kontakte mit allen Staaten, auch den kapitalistischen, hat die Sowjetunion die

Türen tatsächlich immer offengehalten, und so wird es auch bleiben. Das entspricht dem Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz. Um wieviel wichtiger und wirkungsvoller sind diese Kontakte in der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution, die die internationale Arbeitsteilung und die Kooperation in der Produktion immer umfassender und tiefgreifender werden läßt.

Die UdSSR unterhält sehr weit gespannte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern, verfügt sie doch über eine leistungsfähige materiell-technische Basis und kann, ohne ihren Grundsätzen untreu zu werden, bei größten Projekten, zum Beispiel dem Autowerk an der Wolga und der Erschließung einiger Naturreichtümer Sibiriens, mit der kapitalistischen Welt zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeiten. Wir sind stark genug, um dabei unsere Wirtschaft gegen die Konjunkturschwankungen des kapitalistischen Marktes oder die egoistischen Interessen irgendwelcher monopolkapitalistischer Gruppen abzuschirmen.

Im Grunde genommen haben wir nichts gegen die Politik der jungen Nationalstaaten einzuwenden, für die

schnellstmögliche Entwicklung ihrer Wirtschaft ausländisches Kapital und ausländische Technologien hereinzuholen. Aber wir sind dafür, wie Leonid Breschnew wiederholt ausführte, daß die internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, namentlich auch die zwischen den Entwicklungsländern und den entwickelten kapitalistischen Staaten, Gerechtigkeit zur Grundlage haben, auf Gleichberechtigung, Achtung der Souveränität, Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten und natürlich gegenseitigem Vorteil fußen.

Wohin aber führt die Politik der „offenen Türen“ zuweilen für die Entwicklungsländer mit noch instabiler Wirtschaft? Ich möchte das an folgendem Vergleich veranschaulichen. Wer Nachbarn in irgendeiner Angelegenheit um Hilfe bittet, erwartet natürlich von ihnen, daß sie sich an die Gepflogenheiten in seinem Hause halten. Sie aber verrücken plötzlich in seinem Wohnzimmer anstandslos die Möbel, wie es ihnen beliebt, und verbannen den Hausherrn in die Küche. Ähnlich ergeht es den Regierungen (in Chile, Ägypten, Zaire und Malawi), die vor den „Gästen“ Scheu haben, außerstande

ausgeschwunden. Auch der Sportunterricht, der der Akademie früher Ruhmeslorbeeren einbrachte, hat stark nachgelassen. Die Generale kritisierten die miese Atmosphäre und die völlige „Humorlosigkeit“. Maßnahmen wurden empfohlen, um den Kampfgeist zu heben. Unter anderem wurde vorgeschlagen, bei den Hörern Sinn für Humor zu entwickeln und zur Verbesserung der „intellektuellen Erziehung“ Zivilisten als Dozenten an die Akademie zu holen, doch nicht mehr als 5% des Lehrkörpers.

## Männliche Geishas

Ausländische Touristen in Japan können sich über einen Mangel an Amusements nicht beklagen. Jetzt haben sich geschäftstüchtige Manager der Vergnügungsindustrie wieder was Neues einfallen lassen: In Tokio wurden Klubs für

einsame Frauen eröffnet, wo männliche Geishas agieren. Geboten werden mondänes Essen, Tänze, Seelenmassage. Natürlich kostet das alles sein Geld. Die reichen Besucherinnen geizen nicht mit ihren Kröten: Die cleversten Geishas im Smoking kommen bis auf 7000 Dollar monatlich.

## Analphabet mit Reifezeugnis



Kann man nach Schulabschluß Analphabet sein? Ja, der Amerikaner Richard Fischer aus Seattle, Staat Washington, ist — obgleich er die mittlere Reife hat — des Lesens nicht mächtig. Als Analphabet wurde er selbst für den Wehrdienst

als untauglich befunden. Jetzt haben Vater und Sohn Fischer gegen die Schulbehörde geklagt. Sie verlangen, daß Richard auf Kosten der Behörde Nachhilfeunterricht erhält und außerdem eine Entschädigung dafür gezahlt wird, daß er seit Schulabschluß 1974 keine Arbeit hat finden können.

## Flucht vor der Wirklichkeit

Nach Angaben des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit sind mindestens anderthalb Millionen BRD-Bürger Alkoholiker — unter ihnen nicht wenige junge Leute. Erschreckend wächst die Zahl der Rauschgifttoden: Seit Jahresanfang sind bereits 200 Todesfälle zu verzeichnen. In dem Ministeriumsreport findet sich jedoch kein Wort über die sozialen Ursachen dieses Übels — die Rechtlosigkeit der Jugend und ihre Verunsicherung.

## Früh übt sich...



„Keine Bewegung! Das ist ein Überfall! Ich bin bewaffnet!“ — diese Drohung störte den normalen Geschäftsablauf eines Süßwarenladens in Detroit. Die Verkäuferinnen starrten verblüfft auf den Eindringling, einen 12jährigen Knirps, der kaum über den Ladentisch gucken konnte. Der kleine Gangster verlangte, alles Naschwerk herauszurücken. Die Polizei griff ein. Die „Schußwaffe“ des jungen Übeltäters war in Wirklichkeit ein Schraubzieher.

Zeichnungen I. Smirnow



sind, sie zur Raison zu bringen, oder schließlich von ihnen abhängig sind und sie eindeutig gewähren lassen.

Die Aufhebung der fortschrittlichen Maßnahmen in Ägypten zum Beispiel (innerhalb der Politik der „offenen Türen“ betrieben), die den Inlandsmarkt und die nationale Industrie vor der folgenschweren Konkurrenz des Westens schützten und die planmäßige Entwicklung des staatlichen Sektors förderten, hat Ausmaße und Formen angenommen, die einer wahllosen Revision all dessen gleichkommen, was unter Präsident Nasser auf diesem Gebiet erreicht wurde. Das ausländische Kapital ist praktisch der Kontrolle entglitten, das staatliche Außenhandelsmonopol ist aufgehoben worden, das Wirtschaftsleben verläuft weniger geplant, die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern in Handel und Wirtschaft schrumpft. Das gilt vor allem für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, deren Mithilfe Ägypten praktisch die Entstehung seiner Schwerindustrie zu verdanken hat, der Grundlage für die wirtschaftliche Selbständigkeit des Landes. Die negativen Auswirkungen für das Leben des Landes, des Volkes, für die wirtschaftlichen Aussichten liegen auf der Hand. Die Schicht der Zwischenhändler, Makler und Spekulanten, der Vertreter ausländischer Gesellschaften unter den Einheimischen, die riesige Profite einstreichen, wächst und gedeiht. Diese Gruppe wird in der dritten Welt mit Recht als „parasitäre Bourgeoisie“ bezeichnet. Ein solcher „Parasit“ verpraßt an einem einzigen Abend in einem Nachtclub so viel Geld, wie mehrere werktätige ägyptische Familien im ganzen Jahr verdienen.

Unkontrolliertes „Öffnen der Türen“ zieht unweigerlich Inflation und Preissteigerungen nach sich, bewirkt, daß die Binnenmärkte mit ausländischen Waren,

vor allem Luxusartikeln, überschwemmt werden, und verschlechtert die Lage der breiten Volksmassen. In Ägypten z. B. sind in den letzten drei Jahren die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel und Konsumgüter im Durchschnitt auf nahezu das Doppelte angewachsen, der Mindestlohn aber ist unverändert geblieben. Auf 90% der Bevölkerung entfällt heute nur etwa die Hälfte des gesamten Konsumtionsfonds, die andere Hälfte auf die wenigen Privilegierten.

Dieses Beispiel beweist erneut: Hauptziel der ausländischen Monopole ist es, um jeden Preis Profit zu machen und die Entwicklungsländer auszuplündern. Die kapitalistischen Staaten, die Anleihen gewähren, sind nicht sonderlich bemüht zu verhehlen, daß sie dabei ihr eigenes Ziel im Auge haben: Ihren Einfluß in dem Land, das die Kredite erhält, zu vergrößern, seine Wirtschaft und letztlich auch seine Politik ihren Interessen unterzuordnen.

Natürlich lassen sich auch Beispiele für wirklich vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und entwickelten kapitalistischen Staaten nennen — etwa Algerien und Sambia. Ausschlaggebend ist also, in welchen Ausmaßen, auf welchen Gebieten und vor allem zu welchen Bedingungen ausländische Kapitalinvestitionen angenommen werden und überhaupt ausländischem Kapital Spielraum gewährt wird, welchen konkreten sozialökonomischen Zwecken es dient und wie die Staaten, die seine Dienste in Anspruch nehmen, es kontrollieren, werter Hasan. Man kann anständigen Leuten die Türen zu seinem Haus offenhalten, aber man sollte sie Räubern verschließen, die oftmals Wohlstandständigkeit und Uneigennützigkeit als Feigenblatt benutzen. Das scheint uns wahre Logik zu sein.

gekürzt worden, während sich doch an der militärischen Tendenz eines beträchtlichen Teiles der Raumfahrtprogramme nichts geändert hat. Auch die Zuschüsse für die Rüstungsmonopole, ihre Aufwendungen für Forschungsarbeiten und Entwicklung neuer Waffensysteme gehören nicht zum Etat des Verteidigungsministeriums. Die Militärhilfe für andere Staaten wird gleichfalls nicht berücksichtigt, obwohl sie zum erheblichen Teil aus amerikanischen Waffenlieferungen besteht. Außerdem gibt es noch andere Kanäle, durch die unter Umgehung des offiziell bekanntgegebenen Etats des Pentagon Riesensummen dem Werrüsten zufließen.

**Decken sich die Militärausgaben der USA mit dem Etat des Pentagon?**

**A. SINIZYN**

Wladiwostok, RSFSR

Nein, die tatsächlichen Militärausgaben der USA gehen über die Mittel des Pentagon weit hinaus. Unlängst wurde z. B. offenbar, daß die Kosten für die Entwicklung der Neutronenwaffe an die 20 Jahre lang als Bereitstellungen für „öffentliche Arbeiten“ getarnt wurden. Ferner werden die Bewilligungen für die Raumfahrtprogramme der NASA, die früher zu den Militärausgaben zählten, in den letzten Jahren nicht mehr im Rüstungshaushalt geführt. Das erweckt den Anschein, er sei

**NZ**

**POST**

**Liebe sowjetische Genossen!**

Es ist mir ein Bedürfnis, im 60. Jahr des Roten Oktober über Eure Zeitschrift allen Sowjetmenschen von ganzem Herzen zu gratulieren und ihnen zu sagen: Ihr habt in der Welt und besonders auch in unserem Land unzählige Millionen Freunde und Genossen. Sie verfolgen aufmerksam und mit Genugtuung die Entwicklung der UdSSR und werden immer zu Euch stehen. 1917 war die UdSSR das einzige fortschrittliche Land, heute sind wir durch gemeinsame Ziele für immer verbunden.

**Euer Freund Gerhard Buchheister  
Frankfurt/Oder, DDR**

Die westliche Propaganda macht weiterhin Rummel um die „sowjetische Gefahr“. Die Pekinger Führer stoßen in dasselbe Horn. Wie groß ihre Verleumdungen sind, erkennt man sofort, wenn man auf die 60jährige Geschichte unseres sozialistischen Staates zurückblickt. Wen hätte er je mit Krieg bedroht? Etwa 1918, als bis an die Zähne bewaffnete imperialistische Mächte uns überfielen, aber nicht wir sie? Oder vielleicht damals am Hassan-See und am Chaltchynghol, als wir uns des Überfalls der japanischen Samurai erwehren mußten? Oder etwa 1941, als die Horden des von westlichen Monopolen gepöppelten deutschen Faschismus über uns herfielen? Die Geschichte liefert den überzeugenden Beweis: Kriegsabenteuer hat im 20. Jahrhundert nicht der Sozialismus angezettelt und ausgeführt, sondern der Imperialismus.

**I. SITNOW  
Leningrad**

Jene Leute in den USA, die so sehr um die Menschenrechte in den sozialistischen Ländern besorgt sind, vergessen hartnäckig, sich selbst zu fragen: Weshalb vermeiden es die USA seit 29 Jahren, die Konvention über die Verhütung und die Bestrafung von Völkermord zu ratifizieren? Weshalb haben sie bis heute die Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rasediskriminierung und die Konvention über die Aufhebung der Apartheid noch nicht ratifiziert?

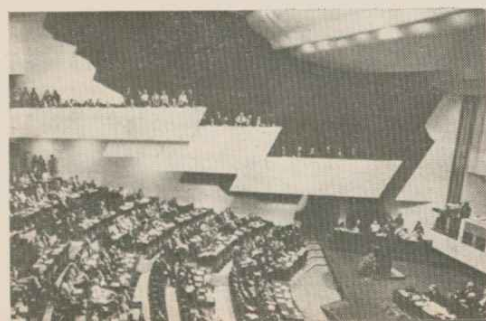
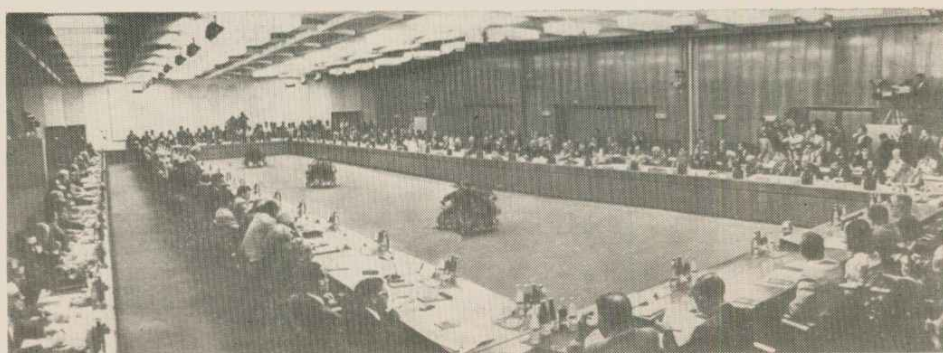
**D. MILOWANOW  
Kiew, USSR**



Zum wichtigsten Ereignis des 20. Jahrhunderts wurde der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Sie eröffnete Millionen weitreichende Perspektiven für eine historisch bewußte schöpferische Arbeit. Unsere Revolution setzt das von der Oktoberrevolution Eingeleitete würdig fort. Von Jahr zu Jahr erstarkt das sozialistische Weltssystem, schließen sich die Reihen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegungen, werden es die Kämpfer für den Frieden und die Sicherheit der Völker.

Die erfolgreiche Entwicklung dieser Prozesse wird in vielem von der schöpferischen Tätigkeit des sowjetischen Volkes bestimmt. Der XXV. Parteitag der KPdSU, die neue Verfassung der UdSSR, die weitere Erhellung des von sowjetischen Menschen erlebten Weltalls und des Nordpols, die aktive Beteiligung an der Vorbereitung des Treffens von Kommunisten in Berlin und die Initiative zur Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz in Warschau, die Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern sind bei weitem nicht alles, was unser Land in den letzten Jahren zum Fortschreiten der Entwicklung der Menschheit beigetragen hat.

Fotos TASS





14159-45 105 147 65  
SEKT: MARX/LENIN  
2200-2303 DOM-2

# Декларація правъ народовъ Россіи

## ИЗВѢСТІЯ Центральнаго Исполнительнаго Комитета и Петроградскаго Совѣта РАБОЧИХЪ и СОЛДАТСКИХЪ ДЕПУТАТОВЪ.

### ДЕКРЕТЪ О ЗЕМЛѢ

## ИЗВѢСТІЯ Центральнаго Исполнительнаго Комитета и Петроградскаго Совѣта РАБОЧИХЪ и СОЛДАТСКИХЪ ДЕПУТАТОВЪ.

### Декретъ о мирѣ, принятый единогласно на засѣданіи Все- россійскаго Съѣзда Совѣтовъ Рабочихъ, Солдатскихъ и Крестьянскихъ Депутатовъ 26 октября 1917 г.



„Der erste  
des siegreichen Sozialismus  
das Wort ‚FRIE  
als höchstes Pr  
seiner Außenpo  
die den Inter  
des eigenen V  
und aller anderen V  
des Planeten entsp  
für immer  
sein Banner geschrie

L. I. Bresh

